

### **A8-Beschluss Dringlichkeitsantrag I1 Kreuzfahrt nach Jamaika? – So wird das nichts!**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 28.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 5. Aufbruch wagen - Leitanträge

#### **Antragstext**

28 Die ersten Ergebnisse und Zwischenstände der Verhandlungen liegen nun auf dem  
29 Tisch. War die erste Woche noch geprägt von freudestrahlender  
30 Regierungsbegeisterung auf allen Seiten des Verhandlungstischs, wird die  
31 Stimmung nun rauer. Als Jugendorganisation der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
32 bewerten wir den Zwischenstand der Sondierungen.

33 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, die Welt gerechter zu  
34 machen. Jamaika darf keine männlich dominierte Koalition der Reichen und  
35 Privilegierten werden. Es geht darum, die Schere zwischen Arm und Reich zu  
36 schließen.

37 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, dass sie das Klima  
38 rettet und die Umwelt schützt. Jamaika darf keine Koalition des Stillstands  
39 werden. Es geht darum, die Klimakatastrophe zu stoppen und unsere  
40 Lebensgrundlage zu erhalten.

41 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, dass sie Menschenrechte  
42 verteidigt. Jamaika darf keine Koalition der Abschottung werden. Es geht darum,  
43 das individuelle Grundrecht auf Asyl zu schützen und auszubauen und humanitäre  
44 Krisen global zu lösen.

45 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung ein klares Bekenntnis zu  
46 einem solidarischen Europa. Jamaika darf keine Regierung von Klientelinteressen  
47 werden. Es geht um eine Abkehr von der Austeritätspolitik und darum, ein  
48 solidarisches und demokratisches Europa zu schaffen. Ein Schließen rechter  
49 Flanken durch die Übernahme populistischer Forderungen darf es nicht geben.

#### **50 Verteilungsgerechtigkeit? – Kein Thema!**

51 „Ungleichheit bekämpfen“. Das ist nicht etwa die Überschrift eines Papiers der  
52 GRÜNEN JUGEND. Nein, das ist die Überschrift eines Berichts über den Zustand der  
53 Wirtschaftspolitik vom Internationalen Währungsfonds, dem Gralshüter des  
54 Kapitalismus. Man sollte also meinen, die Bekämpfung von Ungleichheit wäre ein  
55 zentraler Punkt, auf den man sich in den Sondierungen einigen konnte. Das ist  
56 aber nicht der Fall. Es spricht für sich, dass sogar der von allen Seiten  
57 geschätzte IWF die finanzpolitischen Ergebnissen der Sondierungen kritisiert.

58 Das Ergebnis der ersten Runde zu Haushalt, Steuern und Finanzen enttäuscht  
59 vollständig. Verteilungsgerechtigkeit spielt gar keine Rolle, eine stärkere  
60 Beteiligung von größeren Vermögen wurde bereits jetzt vom Verhandlungstisch  
61 genommen. Eine Vermögenssteuer und eine gestärkte Erbschaftssteuer, wichtige  
62 Instrumente zur Umverteilung, werden damit ausgeschlossen. Gleichzeitig soll der  
63 Soli abgeschmolzen werden. Das ist nicht nur haushaltspolitischer Wahnsinn,  
64 sondern auch für die Verteilungsfrage fatal. Den Solidaritätszuschlag  
65 abzuschaffen verschärft die Ungleichheit, statt sie zu verringern. Das oberste  
66 Ein-Prozent zahlt 28 Prozent des Solis. Sie würden im Schnitt um 12.600€ pro  
67 Person und Jahr entlastet. Die unteren 40% der Einkommensteuerzahler\*innen um  
68 8€. Die bisherigen Ergebnisse im Bereich Haushalt und Finanzen machen Jamaika  
69 also zu einer Koalition für die Reichen und Privilegierten. Steuergeschenke und  
70 die Kaputtsparpolitik der schwarzen Null werden höher gewichtet als dringend  
71 nötige Investitionen in unsere Infrastruktur. Das widerspricht grünen  
72 Grundsätzen und ist ein Verrat an unserer Zukunft.

### 73 **Ambitionierter Klimaschutz? Keine Einigung!**

74 Eine minimale Grundlage für eine ambitionierte Politik für Klima und Umwelt ist  
75 die Einhaltung der eigenen Klimaziele. Offensichtlich weigert sich die FDP mit  
76 der Klimaleugnerin Beer am Verhandlungstisch die bittere Realität anzuerkennen.  
77 Der Klimakrise ist schon jetzt spürbar. Wir sind die letzte Generation, die dem  
78 noch etwas entgegen setzen kann. Deswegen braucht es den Kohleausstieg. Der muss  
79 verbindlich sein und sofort mit wirksamen Maßnahmen beginnen. Deswegen braucht  
80 es eine ernsthafte Verkehrswende und einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor.  
81 Deswegen braucht es eine Landwirtschaft, die ohne industrielle Nutztierhaltung  
82 und giftige Chemikalien auf den Äckern. All das blockieren CDU, CSU und FDP. So  
83 wird Jamaika eine Koalition des klimapolitischen Stillstands, der  
84 Umweltzerstörung, von der außer verpesteter und heißer Luft nicht viel übrig  
85 bleibt.

### 86 **Menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik? Keine Einigung!**

87 CDU und CSU haben sich auf eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen zum  
88 Themenbereich Flucht, Migration Asyl geeinigt. Das mag schon schwer gewesen  
89 sein. Das darf aber nicht heißen, dass dieses Papier nun Grundlage für die  
90 Sondierungen ist. Dieses Papier kennt nur ein Thema: Abschottung pur. CDU und  
91 CSU müssen sich klar machen, für eine menschenfeindliche Abschottungspolitik  
92 reden sie mit den falschen.

93 Völlig selbstverständlich darf die Aussetzung des Familiennachzugs nicht  
94 verlängert werden. Das ist unmenschlich, es zerreißt Familien und es erschwert  
95 Integration. Aber da hört die Giftliste der Union ja nicht auf. Vor allem die  
96 Abschiebezentren nach Heidelberger Vorbild haben in einem Rechtsstaat nichts  
97 verloren. Das erste was wir mit neu ankommenden Menschen machen wollen, ist sie  
98 einsperren? Auch die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten auf  
99 den Maghreb ist für uns nicht tragbar. Der Maghreb ist für viele Menschen nicht  
100 sicher. Deswegen haben die grün-mitregierten Länder diese widerliche Aushöhlung  
101 des Asylrechts auch im Bundesrat blockiert. Mit dem was CDU und CSU hier vor  
102 haben wird das individuelle Grundrecht auf Asyl zerstört und nicht gestärkt.

103 Dass die Verhandlungen zu diesem Themenbereich ohne Ergebnis abgebrochen wurden,  
104 zeigt, dass hier wenige bis gar keine Schnittmengen vorhanden sind. Wie die

105 Parteien hier ohne eine komplette Kehrtwende von CDU und CSU zusammenkommen  
106 wollen, ist vollkommen unklar. Fluchtursachenbekämpfung darf nicht Abschottung  
107 bedeuten. Stattdessen brauchen wir mehr humanitäre Hilfen und ein Verbot von  
108 Waffenexporten an diktatorische Regime.

109 **Solidarisches Europa? Floskeln ohne Substanz!**

110 Der bisherige Einigungstext zu Europa beschränkt sich auf Allgemeinplätze. Es  
111 ist der kleinste gemeinsame Nenner. Das Wichtigste fehlt für uns aber: Ein  
112 Richtungswechsel - ein deutliches Bekenntnis zur Solidarität in Europa. Zwar  
113 finden sich in den Punkten über die man noch reden will auch Spiegelstriche, die  
114 Europa solidarischer machen können. Aber in der wichtigen Einigung über die  
115 Präambel, also die Einigung über das gemeinsame Verständnis der europäischen  
116 Union taucht das nicht auf. Über eine gemeinsame Schuldenhaftung wird gleich gar  
117 nicht geredet. Wie Europa gerechter werden kann, zum Beispiel über eine  
118 europäische Arbeitslosenversicherung, auch darüber wird dem Papier zufolge nicht  
119 geredet werden. Dafür wird über die Zementierung des Fiskalpaktes diskutiert,  
120 die Grundlage für Schäubles Daumenschrauben der letzten Jahre. Ein Ende der  
121 Austeritätspolitik ist nach diesem Papier nicht zu erwarten. Eine grüne  
122 Regierungsbeteiligung ohne eine fundamentale Wende, hin zu einer solidarischeren  
123 und demokratischeren Europapolitik, wäre jedoch unverantwortlich!

124 **Also alles im Lot auf dem Boot?**

125 Die Kreuzfahrt nach Jamaika beginnt mit hohem Wellengang. Sollte weiterhin kein  
126 Land bzw. jegliche Perspektive auf progressive Politik in Sicht sein, gilt für  
127 die GRÜNE JUGEND: Ohne inhaltliche Grundlage keine Koalitionsverhandlungen!

## **A6 Jahresabschluss 2016**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 05.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

### **Antragstext**

533 Unter diesem Link findet ihr den Jahresabschluss  
534 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Jahresabschluss+2016/1ffc64f5-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Jahresabschluss+2016/1ffc64f5-4eb5-48ce-b106-2040dcb39602)  
535 [4eb5-48ce-b106-2040dcb39602](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Jahresabschluss+2016/1ffc64f5-4eb5-48ce-b106-2040dcb39602)

## **A7 Haushalt**

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	05.10.2017
Tagesordnungspunkt:	6. Finanzen

### **Antragstext**

536 Hier findet ihr den Haushalt:

537 [https://wurzelnwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-](https://wurzelnwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-8162-ed423be919a0)

538 [8162-ed423be919a0](https://wurzelnwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-8162-ed423be919a0)

**AP1-Beschluss Arbeitsprogramm 2018: Aufbruch wagen - Perspektiven schaffen!**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 11. Arbeitsprogramm

**Antragstext**

289 Das Ergebnis der Bundestagswahl war ein herber Rückschlag für progressive  
290 Kräfte. Mit der AfD sitzt eine offen rechtsextreme Partei im Bundestag und die  
291 bisher zwar ungenutzte, aber dennoch vorhandene, linke Mehrheit im Parlament  
292 existiert nicht mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir nun alles in unserer Macht  
293 stehende tun, um den Rechtsruck zu stoppen. Dabei dürfen wir nicht bei der  
294 Verteidigung des Status Quo stehen bleiben, sondern müssen die  
295 gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihn hervorbringen - zum Beispiel  
296 kapitalistische Ausbeutung und Ungleichheit, patriarchale Strukturen oder die  
297 gesamtgesellschaftliche Verankerung rassistischer und autoritärer Ideologien -  
298 angehen und wieder linke Mehrheiten schaffen, um die Verhältnisse zu verändern.  
299 Für uns ist klar, dass wir das nicht schaffen, indem wir uns rechten Thesen  
300 anbieten oder ihre Sprache übernehmen. Gleichzeitig wollen wir auch nicht  
301 einfach nur eine imaginäre Mitte der Gesellschaft ansprechen. Stattdessen gilt  
302 es, bestehende Widersprüche, wie zum Beispiel zwischen unserem Wirtschaftssystem  
303 und den Interessen von Mensch und Umwelt, klar anzusprechen und Position zu  
304 beziehen. Politik bedeutet für uns nicht einfach das zu vertreten, was gerade  
305 populär ist, sondern vernunftgeleitete und emanzipatorische Politik populär zu  
306 machen. Dafür müssen wir im nächsten Jahr Wege finden, um mehr Menschen für  
307 unsere ökologischen, solidarischen, weltoffenen und menschenrechtsorientierten  
308 Ideen gewinnen. Wir wollen junge Menschen politisieren und ihnen zeigen, dass  
309 die gesellschaftlichen Bedingungen veränderbar sind.  
310 Im Bundestagswahlkampf haben wir viele neue Menschen dazu gewonnen und sind als  
311 Verband nicht nur gewachsen, sondern auch schlagkräftiger geworden. Darauf gilt  
312 es nun aufzubauen. Das Ende der Bundestagswahl ist für uns ein Punkt, um uns  
313 gemeinsam zu fragen, wie wir dieses Potenzial in den nächsten Jahren nutzen  
314 wollen. Wie können wir unsere antifaschistischen Ziele in die politische Praxis  
315 übersetzen? Welche Rolle kann die GRÜNE JUGEND in einer linken Strategie gegen  
316 den Rechtsruck einnehmen? Wie können wir angesichts der schwierigen  
317 gesellschaftlichen Lage politische Utopien aufrecht erhalten und wieder für  
318 viele Menschen denkbar und zugänglich machen? Diese Fragen wollen wir unter dem  
319 Motto "Perspektiven schaffen" im nächsten Jahr in einer breit angelegten  
320 Strategiedebatte diskutieren. In diesem Prozess soll es darum gehen, Visionen  
321 für eine jung-grüne Politik zu formulieren und uns zu fragen, wie wir uns als  
322 Verband aufstellen müssen, um diese zu erreichen. Wir wollen möglichst vielen  
323 Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an dieser Debatte zu beteiligen, deshalb  
324 findet der 50. Bundeskongress im Frühjahr 2018 als viertägiger  
325 Perspektivenkongress statt. Darum herum wollen wir diese Fragen auch in den  
326 Ortsgruppen und Landesverbänden diskutieren.

**327 1. Bildungsarbeit**

328 Auch in der Bildungsarbeit wollen wir aus den Erfahrungen des letzten Jahres  
329 lernen und die Arbeit verbessern. Im letzten Jahr wurden die Seminarkontingente  
330 zusammen mit verbindlichen Seminarterminen zu Beginn des Jahres vom  
331 Bildungsbeirat festgelegt. Das hat zu einer Planungssicherheit und Verbesserung  
332 des Projektmanagements geführt. Deshalb soll dieses Vorgehen im kommenden Jahr  
333 fortgeführt und der Jahresplan auf der Bildungsbeiratssitzung im Dezember  
334 festgelegt werden. Außerdem hat es sich bewährt Seminare mit einem höheren Budget  
335 als in den vergangenen Jahren anzubieten. Auch im nächsten Jahr wollen wir auf  
336 eine Steigerung der Qualität der einzelnen Seminare setzen und hohe  
337 Anmeldungszahlen erreichen, statt zu viele Seminare mit wenig Teilnehmer\*innen  
338 zu organisieren.

### 339 Bildungsschwerpunkte

340 Im ersten Halbjahr werden wir uns passend zum Jahresmotto mit Visionen und  
341 Utopien grüner Politik auseinandersetzen. Wie sieht ein ökologisches  
342 Verkehrskonzept der Zukunft aus und wie können wir die Digitalisierung so  
343 gestalten, dass sie Befreiung statt weitere Zwänge ermöglicht? Wie lassen sich  
344 weitreichende Visionen mit konkreten politischen Kämpfen verbinden? Welche  
345 Utopien haben die gesellschaftliche Linke und die Umweltbewegung historisch  
346 gesehen geprägt und angetrieben? Und welche Rolle spielen diese Utopien für  
347 unsere politische Arbeit heute? Im Rahmen dieses Schwerpunkts wollen wir auch im  
348 nächsten Jahr ein Schwerpunktseminar zum Thema 50 Jahre Studierendenbewegung und  
349 68er für 40 oder mehr Teilnehmer\*innen in Zusammenarbeit von Bildungsbeirat und  
350 Bundesvorstand organisieren.

351 Im zweiten Halbjahr wollen wir uns mit dem Thema "Globale Kämpfe -  
352 Umweltzerstörung und Ausbeutung global entgegentreten" beschäftigen. Die  
353 politische Lage ist geprägt von internationalen Krisen. Innerhalb dieses  
354 Halbjahresschwerpunkts wollen wir uns fragen, wie diese Krisen entstehen und  
355 zusammen hängen. Für uns ist dabei klar, dass wir die großen Fragen unserer Zeit  
356 nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen können. In diesem Halbjahr wollen wir  
357 uns damit beschäftigen, wie sich Umweltzerstörung und die Klimakrise global  
358 auswirken und welche Konsequenzen das für internationale Fluchtbewegungen hat.  
359 Außerdem wollen wir über globale Ausbeutung und Armut diskutieren, insbesondere  
360 darüber, wie diese mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängen und  
361 wie sie bestehende Machtverhältnisse zementieren. Ein wichtiges Ziel dieses  
362 Schwerpunktes ist es, den Kampf für Ökologie mit dem Einsatz gegen  
363 Ungerechtigkeit zusammen zu denken. Dabei soll der Fokus auch auf der Frage  
364 liegen, wie wir über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus politische  
365 Organisation ermöglichen können, um diesen Krisen zu begegnen.  
366 Die Sommerakademie soll die beiden Halbjahresschwerpunkte miteinander  
367 verbinden.

368 Weiterhin soll es ein Seminar zu Protestkultur geben, bei dem die  
369 Teilnehmer\*innen sich mit Protestverhalten auf Demonstrationen und staatlicher  
370 Repression beschäftigen.

371 Neben den Angeboten auf Bundesebene soll es innerhalb der GRÜNEN JUGEND wieder  
372 verstärkt dezentrale Bildungsarbeit geben. Dafür wollen wir niedrigschwellige  
373 Angebote für Ortsgruppen schaffen, um möglichst viele Mitglieder an der  
374 Bildungsarbeit teil haben zu lassen. Zu diesem Zweck bieten wir als GRÜNE JUGEND  
375 Material für einen Lesekreis für Ortsgruppen an und greifen das Konzept der  
376 Basisseminare wieder auf.

### 377 Methodenbildung

378 Im nächsten Jahr sollen wieder Methodenseminare für den Bildungsbeirat und die  
379 Landesvorstände stattfinden.  
380 Außerdem soll das Juniortrainer\*innenprogramm in Zusammenarbeit mit Bündnis  
381 90/Die Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung neu aufgelegt werden. Die  
382 Teilnehmer\*innen erhalten eine einjährige Ausbildung, bei der sie zu  
383 Methodentrainer\*innen ausgebildet werden und anschließend selbst zu  
384 verschiedenen Themen Trainings in der Grünen Jugend abhalten können, wie z.B.  
385 oft benötigte Trainings zu Rhetorik oder Zeit- und Projektmanagement. Nach  
386 Abschluss des Projektes können wir so wieder auf einen Pool aus ausgebildeten  
387 Peer-to-peer-Trainer\*innen zurückgreifen, die qualitativ hochwertige  
388 Methodenbildung in den Verband tragen.  
389 Um dem neuen Bundesvorstand in seinem Einstieg in die Arbeit zu unterstützen,  
390 soll es in der kommenden Amtsperiode ein Fortbildungsprogramm für den  
391 Bundesvorstand geben. Damit soll sichergestellt werden, dass alle  
392 Bundesvorstandsmitglieder, unabhängig von ihren Vorkenntnissen in diesem  
393 Bereich, die methodischen Fähigkeiten erlangen, um die Bundesvorstandsarbeit gut  
394 auszuführen. Diese methodische Fortbildung soll sich an den individuellen  
395 Vorkenntnissen und Bedürfnissen orientieren, und sich so teilweise an den  
396 Bundesvorstand als Gruppe und teilweise nur an Teile des Bundesvorstands  
397 richten. So soll z.B. ein Presse- und Öffentlichkeitstraining für die  
398 Bundessprecher\*innen stattfinden.

## 399 **2. Öffentlichkeitsarbeit**

400 In diesem Jahr haben wir unter dem Motto "Ändern wir die Welt, bevor es andere  
401 tun!" die größte bisherige Kampagne der GRÜNEN JUGEND auf die Beine gestellt.  
402 Mehr als 120 Ortsgruppen haben sich daran beteiligt und mehrere hundert Aktive  
403 waren im Wahlkampf aktiv. Dieser Erfolg hat gezeigt, dass gute Kampagnen nicht  
404 nur unsere Inhalte auf die Straße tragen und neue Menschen erreichen, sondern  
405 auch zum Verbandsaufbau beitragen. Sie ermöglichen Austausch und Vernetzung  
406 zwischen den verschiedenen Ebenen des Verbandes und schaffen einen gemeinsamen  
407 Fokus. Die Kampagnenarbeit wird deshalb eine zentrale Rolle im nächsten Jahr  
408 einnehmen. Im Frühsommer 2018 soll es eine wahlkampfabhängige Kampagne der  
409 GRÜNEN JUGEND geben. Diese bietet uns die Möglichkeit, für unsere eigenständigen  
410 Inhalte zu werben. Gleichzeitig können wir unsere Kampagnenfähigkeit ausbauen.  
411 Dabei wollen wir vor allem die Ortsgruppen stärken, denn sie sind es, die vor  
412 Ort Menschen erreichen können. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit der  
413 verschiedenen Ebenen (Ortsgruppen - Landesvorstände - Bundesvorstand) verbessern  
414 und die Stellung der Landesvorstände als Schnittstelle zwischen Orts- und  
415 Bundesebene intensivieren. Die Kampagne soll mit methodischen Kampagnenworkshops  
416 begleitet werden.  
417 Damit einhergehend wollen wir die Pressearbeit der GRÜNEN JUGEND auf allen  
418 Ebenen professionalisieren. Denn gute Pressearbeit ist nicht nur auf Bundes-  
419 oder Landesebene wichtig. Gerade Lokalzeitungen bieten eine gute Möglichkeit,  
420 junge Menschen vor Ort auf die GRÜNE JUGEND aufmerksam zu machen. Deshalb wollen  
421 wir im nächsten Jahr nicht nur ein Pressecoaching für Landessprecher\*innen auf  
422 dem Methodenseminar anbieten, sondern auch gemeinsam mit den Landesvorständen  
423 Pressearbeitworkshops für Ortsgruppensprecher\*innen organisieren. Ebenfalls  
424 möchten wir die Social-Media-Arbeit insbesondere in den Ortsgruppen stärken. Zu  
425 diesem Zweck möchten wir einen Leitfaden für gute Social-Media-Arbeit - auch  
426 abseits von Facebook - entwickeln, eigene Konzepte entwickeln und in  
427 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Seminare anbieten, die die Aktiven in den  
428 Ortsgruppen im Umgang mit Social-Media schulen.  
429 Diese Angebote bieten eine gute Grundlage und Vorbereitung für den  
430 Europawahlkampf. Im nächsten Jahr werden wir den Grundstein für diese Kampagne  
431 legen. Dabei wollen wir an die positiven Erfahrungen der Bundestagswahlkampagne  
432 anknüpfen, und Erfolgskonzepte wie die Fokussierung auf bestimmte Storys,



433 Dezentralisierung oder Aktionspakete weiterführen und gleichzeitig aufbauend auf  
434 einer tiefgehenden Evaluation dieser Kampagne Verbesserungen vornehmen.

### 435 **3. Verbandsarbeit**

436 Im letzten Jahr haben wir unsere Kampagnenfähigkeit verbessert, viele neue  
437 Leute sind dazugekommen und wir haben uns als Verband weiterentwickelt. Wir  
438 wollen das entstandene Potenzial in den nächsten Monaten und Jahren nutzen, um  
439 unsere Kampagne als Start für einen Aufbruch zu verstehen, mit dem wir noch mehr  
440 Menschen für unsere Ideen begeistern können. Dafür müssen wir uns fragen, wie  
441 wir neuen Menschen eine Anlaufstelle bieten und sie politisieren können. Im  
442 letzten Jahr haben wir auf Dezentralisierung, Etablierung und Unterstützung der  
443 Ortsgruppen gesetzt und diese Strategie hat sich bewährt. Insbesondere die  
444 Stärkung der Ortsgruppen und die bessere Vernetzung der Ebenen untereinander  
445 wollen wir weiterverfolgen. Im nächsten Jahr sollen unsere aktuellen Strukturen  
446 zunächst evaluiert und dann den Bedürfnissen eines wachsenden Verbandes  
447 angepasst werden. Ziel dieses Prozesses ist es schlagkräftige Strukturen zu  
448 schaffen, die uns ermöglichen noch besser 1. Menschen anzusprechen und ihnen  
449 eine Anlaufstelle zu bieten, 2. sie zu politisieren und ihnen gute  
450 Bildungsangebote zu machen und 3. sie aktiv einzubinden. Wichtig ist dabei, dass  
451 Dezentralisierung nicht zu einem Verlust des gemeinsamen Fokus führen darf.  
452 Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen ausbauen. Zentral  
453 dafür ist, die Bundesvorstands-Landesvorstands-Sitzungen als einen Ort  
454 gemeinsamer Strategiebildung und -übermittlung zu nutzen. Außerdem soll ein  
455 erneutes Methodenseminar für die Landesverbände dazu genutzt werden, sich  
456 tiefgehend mit der Verbandsentwicklung und der weiteren Verbesserung unserer  
457 Kampagnenarbeit auseinanderzusetzen.

458 Akut ist es notwendig den neu dazugewonnenen Mitgliedern unsere  
459 Bildungsangebote aufzuzeigen, sie einzubinden und zu aktivieren. Dabei wollen  
460 wir insbesondere Ortsgruppen und Landesverbände unterstützen und auch in der  
461 Kommunikation und auf den Veranstaltungen des Bundesverbandes darauf achten,  
462 dass neue Mitglieder Anknüpfungspunkte finden und eingebunden werden.

### 463 **Finanzen**

464 Die Spendenstrategie soll stetig verbessert werden. Wir haben weiterhin die  
465 Möglichkeit, neue Spendenquellen zu erschließen und alte zum Sprudeln zu  
466 bringen. Diese Möglichkeit wollen wir im nächsten Jahr noch mehr nutzen. Das  
467 bedeutet auch, dass wir den Kontakt zu Alumnis, wie im letzten Jahr begonnen,  
468 suchen und halten wollen, um sie über die Arbeit der GRÜNEN JUGEND auf dem  
469 Laufenden zu halten und von Ihnen Unterstützung zu bekommen.

### 470 **Gleichstellung und Förderung von Frauen, Inter und Trans**

471 Vorderstes Ziel ist es im nächsten Jahr, die in diesem Jahr neu dazugekommenen  
472 weiblichen, Inter- und Trans-Mitglieder einzubinden, ihnen Möglichkeiten für  
473 einen niedrigschwelligen Einstieg in den Verband zu geben und selbst aktiv zu  
474 werden. Dafür soll ein etwa halbjähriges Förderprogramm für Frauen, Inter- und  
475 Transpersonen angeboten werden, das gerade Neueinsteiger\*innen abholt und ihnen  
476 einen Einstieg in feministische und andere für die Teilnehmenden besonders  
477 interessante Themen, methodische Weiterbildung und den Verband selbst gibt.  
478 Außerdem soll die Möglichkeit einer Vernetzung untereinander und zu "alten  
479 Häs\*innen" geschaffen werden. Ziel ist es, den Teilnehmer\*innen über das  
480 Programm hinaus Partizipationsmöglichkeiten in der Grünen Jugend aufzuzeigen,  
481 sie zu ermutigen, sich einzubringen und ihnen inhaltliche und methodische  
482 Grundlagen für Ihr Engagement in der Grünen Jugend mitzugeben.  
483 Das Angebot an Veranstaltungen, die nur für Frauen, Inter und Trans geöffnet

484 sind, soll durch ein erneutes Weitersteiger\*innenseminar Ende 2018 verstetigt  
485 werden.  
486 2018 soll ferner die Vernetzung der auf Landesebene für die Förderung von  
487 Frauen, Inter und Trans Zuständigen untereinander durch die Bundes-FITGPS weiter  
488 vorangetrieben und begleitet werden. Neben der Nutzung digitaler  
489 Kommunikationsstrukturen, sollen auch wieder vermehrt persönliche Treffen  
490 realisiert werden. So soll vor allem ein Austausch über die unterschiedlichen  
491 Strategien zur Förderung von Frauen, Inter und Trans in den Landesverbänden  
492 ermöglicht werden. Der Frauen, Inter, Trans und Genderrat soll im nächsten Jahr  
493 das Empowerment von Frauen, Inter und Trans in den Vordergrund seiner Arbeit  
494 stellen.  
495 Wie in den Vorjahren soll auch 2018 Bündnisarbeit sowie die Mobilisierung zu  
496 queer-feministisch relevanten Aktionstagen eine Aufgabe des Bundesverbandes  
497 sein. Ein besonderer Schwerpunkt soll hier auf den Gegendemos zum Marsch für das  
498 Leben, der voraussichtlich am 22.09.2018 stattfinden wird, liegen. Nennenswert  
499 sind außerdem etwa der Frauen\*kampftag am 8. März, der Equal Pay Day am 18. März  
500 und der IDAHOBIT am 17. Mai. Hier soll zu Aktionen und Demos mobilisiert und  
501 mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit Stellung bezogen werden.

## 502 SPUNK

503 Die SPUNK-Redaktion setzt sich im nächsten Jahr mit der Weiterentwicklung  
504 seiner Formate auseinander und bemüht sich darum das Erscheinen von Artikeln zu  
505 verstetigen. Ziel des nächsten Jahres ist insbesondere die Reichweite des SPUNKs  
506 als Diskussionsplattform zu erhöhen und noch mehr Menschen die Möglichkeit zu  
507 geben an diesen Diskussionen teilzuhaben.  
508 Die Bildungsschwerpunkte des nächsten Jahres sollen vom SPUNK ausführlich  
509 begleitet werden, z.B. mit Hilfe von Artikelserien. Zum 50. Jubiläum des  
510 Bundeskongresses soll die SPUNK-Redaktion außerdem eine Sonder-Printausgabe zum  
511 Thema Utopien und Visionen konzipieren.  
512 Neben tagesaktuellen Artikeln und den Themenschwerpunkten zu den  
513 Bildungsschwerpunkten, sollen weitere Themenschwerpunkte z.B. zu den Bereichen  
514 Digitalisierung und Teilhabe & Chancen umgesetzt werden.

## 515 Internationales

516 In den letzten Jahren hat sich die internationale Arbeit der GRÜNEN JUGEND  
517 weiter entwickelt. Gerade hinsichtlich internationaler Bildungsarbeit soll daher  
518 evaluiert werden welchen Zweck sie für die GRÜNE JUGEND erfüllen sollte und kann  
519 und wie die Vor- und Nachbereitung internationaler Projekte noch besser  
520 funktionieren kann. Im Zuge internationaler Bildungsarbeit ist für 2018 ein  
521 Projekt mit Jungen Grünen England & Wales zu Klimakrise und Feminismus geplant.  
522 Darüber hinaus soll das Konzept interregionaler Kooperationen weiter  
523 ausgearbeitet werden. Dafür soll die Internationale Koordination auch auf  
524 Landesverbände zugehen - zum einen, um sie besser über die internationale Arbeit  
525 zu informieren, aber auch um sie in diese besser einbinden zu können, um die  
526 Prozesse der Internationalen Koordination verständlicher und zugänglicher zu  
527 machen.  
528 Zur Verbesserung des Informationsflusses internationaler Arbeit in den Verband  
529 sollen die bei internationalen Organisationen aktiven Mitglieder stärker  
530 untereinander vernetzt werden. Außerdem soll die Internationale Koordination den  
531 "International Guide" inhaltlich aktualisieren und an das neue Corporate Design  
532 anzupassen.  
533 Hinsichtlich der Kooperation mit anderen Organisation soll der  
534 Restrukturierungsprozess bei den Globalen Jungen Grünen weiterhin aktiv  
535 unterstützt werden. Die GRÜNE JUGEND wird sich, soweit möglich, in die  
536 Vorbereitung der Europawahlkampagne der jungeuropäischen Grünen einbringen und

537 sich dabei weiter um die Zusammenarbeit mit anderen junggrünen Organisationen  
538 bemühen.

539 **4. Bündnisarbeit**

540 Insbesondere in Zeiten des Umbruchs ist es wichtig, eine gesamtgesellschaftlich  
541 linke Perspektive zu entwickeln. Dazu leistet die Bündnisarbeit einen  
542 entscheidenden Beitrag. Bereits bestehende Bündnisse sollen im kommenden Jahr  
543 ausgebaut und verstetigt werden. In der Klimabewegung haben wir im letzten Jahr  
544 starke Bündnispartner\*innen im Kampf gegen die Klimakatastrophe gewonnen. Wir  
545 werden uns wie im letzten Jahr an den Protesten gegen den dreckigen Kohleabbau,  
546 auch im Rahmen von Ende Gelände, beteiligen. Im "What the fuck"-Bündnis haben  
547 wir für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung gekämpft. In diesen und  
548 weiteren Bündnissen wollen wir uns im kommenden Jahr stark machen.  
549 Gleichzeitig wollen wir aber auch neue Bündnisse eingehen und neue  
550 Bündnispartner\*innen gewinnen. Dabei wollen wir besonders im Kampf gegen Nazis  
551 und Faschismus noch stärker präsent sein und werden uns daher insbesondere im  
552 Kampf gegen den "Tag der Deutschen Zukunft" aktiv um Bündnisse bemühen und  
553 versuchen, diese dauerhaft zu etablieren. Des Weiteren wollen wir an Bündnissen  
554 schmieden, die sich gegen Strafrechtsverschärfungen und den Ausbau von  
555 Überwachungs- und Repressionsmechanismen einsetzen, um auch gegen autoritäre  
556 Tendenzen zu kämpfen.

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

**V1-Beschluss Die Hälfte der Macht den Frauen\* -auch in Grüner Regierungsbeteiligung**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

**Antragstext**

557 Im letzten Jahr hat Bündnis 90/Die Grünen das 30-jährige Jubiläum des Grünen  
558 Frauenstatus gefeiert. Feminismus und der Kampf für gleiche Rechte sind  
559 Gründungsprinzip der Grünen und Säule grüner Programmatik. An dem Frauenanteil  
560 der für die Grünen in den Bundestag eingezogenen Abgeordneten (58 %) zeigt sich,  
561 dass Instrumente wie die Frauenquote funktionieren, um die Gleichstellung und  
562 Repräsentanz in Parlamenten voranzutreiben. Bei einem abnehmenden Frauenanteil  
563 im gesamten Bundestag - nach der Bundestagswahl so niedrig wie seit 1998 nicht  
564 mehr - zeigt sich einmal mehr, dass die Repräsentanz von Frauen\* in der Politik  
565 ab- statt zunimmt. Hier wird deutlich, was auch für die gesamte Gesellschaft  
566 gilt: Patriarchale Machtverhältnisse sind noch lange nicht zerschlagen. Der  
567 gesellschaftliche Rechtsruck führt gleichzeitig dazu, dass Rechte, die vor allem  
568 Frauen\* betreffen, wie z.B. sexuelle Selbstbestimmung, mit neuer Intensität  
569 angegriffen und eingeschränkt werden. Deshalb gilt es heutzutage besonders,  
570 nicht hinter unseren emanzipatorischen Ansprüchen zurückzubleiben.  
571 Für uns als GRÜNE JUGEND steht fest: Die Hälfte der Macht den Frauen\*! Dieser  
572 Grundsatz sollte für die Grüne Partei selbstverständlich sein und wir werden sie  
573 immer wieder daran erinnern. Das bedeutet, dass es im Falle einer Grünen  
574 Regierungsbeteiligung unter 50 % Frauen\*anteil nicht geht! Mindestens die Hälfte  
575 der Minister\*innen und auch Staatssekretär\*innen, genauso wie der  
576 Fraktionsvorsitzenden und des Fraktionsvorstands, müssen Frauen\* sein. Das ist  
577 eine klare Voraussetzung für jede Grüne Regierungsbeteiligung.

### **V3-Ausgearbeitet Für aufgeweckte Teilis - Weckruf abschaffen und Rückzugsräume schaffen**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

#### **Antragstext**

578 Der Weckruf soll ersatzlos aus den Programmen des aktuellen sowie allen  
579 zukünftigen Bundeskongressen der GRÜNEN JUGEND gestrichen werden.

580 Alle Teilnehmer\*innen werden außerdem bei zukünftigen Orgadurchsagen daran  
581 erinnert, ihre Wecker nur dann zu stellen, wenn man auch selbst in der Lage ist,  
582 diese auszuschalten und man sie wirklich benötigt. Dies soll gewährleisten, dass  
583 in Schlafräumen nicht ununterbrochen Wecker klingeln, zu denen sich niemand  
584 zugehörig fühlt und die die Ruhephase der anderen Teilnehmer\*innen stören.

585 Zudem muss es die Möglichkeiten zum Ruhen während des gesamten Kongresses geben,  
586 entweder durch humanere Öffnungszeiten der Schlafräume oder, um den Schutz von  
587 Privatgegenständen zu gewährleisten, durch bequem eingerichtete Ruheräume.

#### **Begründung**

Die wiederholten Weckrufe, die auf dem Frühjahrs-Buko 2017 noch einmal auf die Spitze getrieben wurden, führten bei vielen Beteiligten zu schlechter Laune und einige mussten unausgeruht in Workshops starten. Dadurch wurde keinerlei Rücksicht auf den Biorhythmus von Individuen genommen sondern Druck auf die Teilnehmer\*innen ausgeübt, den man sonst in erster Linie im Lohnarbeitssektor findet. Auch wenn hier Bundesvorstand und -Geschäftsstelle rein im Sinn hatten, die Teilnehmer\*innen zu motivieren, an den Inhalten des Bundeskongresses teilzunehmen und diese nicht mangels lautstarker Information zu verpassen, verfehlte es doch den Zweck. Schließlich kann man von den Kongressteilnehmer\*innen erwarten, selbst in der Lage zu sein, einen Wecker zu stellen, wenn er\*sie befürchtet, nicht rechtzeitig aufzustehen. Die Organisator\*innen müssen sollten den Anspruch haben, dass Workshops nicht aus Zwang besucht werden, sondern weil sie inhaltlich und methodisch überzeugen. Dies gelingt am besten durch ein attraktives Vorstellen der Inhalte und nicht durch ein systematisches Beschallen der schlafenden Teilnehmer\*innen.

Dadurch, dass die Schlaf- bzw. Ruheräume jederzeit offen stehen, haben alle Teilnehmer\*innen die Möglichkeit, auch außerhalb der geplanten Schlafzeit eine Auszeit zu nehmen. Dies ist bei kontroversen oder langen, anstrengenden Debatten auch für die allgemeine Stimmung aller Teilnehmer\*innen zuträglich. Gerade wir jungen Menschen sollten auch auf Selfcare der\*des Einzelnen Rücksicht nehmen, wenn er\*sie eine Auszeit braucht und nicht den Teilnehmer\*innen den Eindruck vermitteln, dass es einen Zwang gibt, am gesamten Programm des Kongresses teilzunehmen. Der Anspruch der GJ sollte es sein, Rücksicht auf die Einzelnen zu nehmen und eine Wohlfühlatmosphäre für alle zu erhalten. Diese Atmosphäre schafft eine positive Erinnerung im Gedächtnis der Teilnehmer\*innen und bindet somit Aktive an die GRÜNE JUGEND und ist ein Beitrag, nachhaltig eine rege Teilnehmer\*innenzahl auf Bundeskongressen zu schaffen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern hatte hierzu auf ihrem letzten Landesjugendkongress bereits eine Testphase laufen, welche sehr gut angenommen wurde und als großer Erfolg zu verbuchen war. Alle Teilnehmer\*innen des Kongresses haben trotzdem an Workshops teilgenommen und waren im Plenum wie auch bei den Essenszeiten anwesend. Zusätzlich motiviert es die Organisator\*innen, auf die Gestaltung der Workshopphasen besonderen Wert zu legen. Der Ruheraum war bereits auf mehreren Kongressen eine angenehme Möglichkeit, dem Stress auf einem politisch bildenden Kongress kurze Zeit zu entfliehen, um danach gestärkt weiter am Programm teilnehmen zu können.

## **V5 Nein zu jedem Antisemitismus!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand, Landesvorstand GRÜNE  
JUGEND Bayern  
Beschlussdatum: 10.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

### **Antragstext**

433 **Antisemitismus ist kein Vorurteil, sondern eine welterklärende**  
434 **Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden\*Jüdinnen und in ihrer**  
435 **Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind in**  
436 **der Bevölkerung immer noch weit verbreitet.**

437 **Bisher gab es in der Bundesregierung keine Stelle, die sich explizit mit der**  
438 **Bekämpfung von Antisemitismus beschäftigt. Daher fordern wir die Schaffung eines**  
439 **oder einer Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, die Verstärkung**  
440 **einer unabhängigen Expert\*innenkommission gegen Antisemitismus und die**  
441 **Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus. Auch**  
442 **muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur**  
443 **Antisemitismusprävention verbessert werden.**

444 **Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen und die Grüne Bundestagsfraktion auf, sich**  
445 **für diese Anliegen einzusetzen.**

446 **Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) treibt im ganzen**  
447 **Bundesgebiet ihr Unwesen. Sie ist in ihrer Gesamtheit als antisemitisch,**  
448 **israelfeindlich, reaktionär und antiaufklärerisch zu bewerten. Die in ihr und**  
449 **durch sie vertretenen Positionen und Forderungen delegitimieren und dämonisieren**  
450 **Israel und weisen damit einseitig Jüdinnen\*Juden die Schuld für jegliche Übel in**  
451 **der Region zu. Und das obwohl Israel dort die einzige rechtsstaatliche**  
452 **Demokratie ist. Zeitgleich werden doppelte Standards an Israel angelegt, wenn**  
453 **zum Beispiel Verbrechen der Hamas ignoriert oder verharmlost werden. Durch die**  
454 **Forderung nach einem Boykott wird weiter die aus dem Nationalsozialismus**  
455 **bekanntes Parole „Kauft nicht bei Juden“ reproduziert.**

456 **Deshalb positionieren wir uns klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne und**  
457 **führen Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der**  
458 **Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern.**

459 **Auch eine Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Ebenso lehnen wir**  
460 **eine Unterstützung von Organisationen ab, die sich zur BDS-Kampagne bekennen,**  
461 **sowie eine (Mit-) Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen**  
462 **vertreten werden. □Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen, Campusgrün und die Grünen**  
463 **nahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung und Petra-Kelly-Stiftung) auf, sich**  
464 **dieser Position anzuschließen.**

**Begründung**

erfolgt mündlich.



## **V5-Beschluss Nein zu jedem Antisemitismus!**

Antragsteller*in:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	29.10.2017
Tagesordnungspunkt:	12. V-Anträge (Verschiedenes)

### **Antragstext**

588 Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall  
589 – Jüdinnen\*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin\*Jude  
590 auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen  
591 können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende  
592 Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden\*Jüdinnen und in ihrer  
593 Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind  
594 quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der  
595 Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der

596 Jüdinnen\*Juden, sondern geht uns alle an.

597 Der zweite Unabhängige Expert\*innenkreis Antisemitismus (UEA) des Bundestages  
598 veröffentlichte im April seinen Bericht und beschrieb darin realpolitische  
599 Handlungsaufträge, die es umzusetzen gilt. Auch wenn die Bundesregierung im  
600 September mit der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA nun immerhin eine  
601 ausformulierte Vorstellung davon hat, wogegen überhaupt gekämpft werden soll,  
602 reicht das noch lange nicht aus.

603 Daher schließen wir uns dem UEA an und fordern die Schaffung eines\*einer  
604 Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, die Verstärkung eines  
605 unabhängigen Expert\*innenkreises und die Einrichtung einer Bund-Länder-  
606 Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus.

607 Ebenso nötig ist eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer  
608 Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch  
609 motivierten Kriminalitätsstatistiken‘. Auch muss die Förderung von  
610 zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur  
611 Unterstützung Betroffener verbessert werden.

612 Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen und die Grüne Bundestagsfraktion auf, sich  
613 für diese Anliegen einzusetzen.

614 Es gilt sich insbesondere nach dem Einzug der AfD zu positionieren: Jede Form  
615 des Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden!

616 So treibt auch die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) im ganzen  
617 Bundesgebiet ihr Unwesen. Sie ist in ihrer Gesamtheit als antisemitisch,  
618 israelfeindlich, reaktionär und antiaufklärerisch zu bewerten. Die in ihr und

619 durch sie vertretenen Positionen und Forderungen delegitimieren und dämonisieren  
620 Israel und weisen damit einseitig Jüdinnen\*Juden die Schuld für jegliche Übel in  
621 der Region zu. Und das obwohl Israel dort die einzige rechtsstaatliche  
622 Demokratie ist. Zeitgleich werden doppelte Standards an Israel angelegt, wenn  
623 zum Beispiel Verbrechen der Hamas ignoriert oder verharmlost werden. Durch die  
624 Forderung nach einem Boykott wird weiter die aus dem Nationalsozialismus  
625 bekannte Parole „Kauft nicht bei Juden“ reproduziert.

626 Deshalb positionieren wir uns klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne und  
627 führen Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der  
628 Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern.

629 Auch eine Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Ebenso lehnen wir  
630 eine Unterstützung von Organisationen ab, die sich zur BDS-Kampagne bekennen,  
631 sowie eine (Mit-) Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen  
632 vertreten werden. □Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen, Campusgrün und die Grünen  
633 nahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung und Petra-Kelly-Stiftung) auf, sich  
634 dieser Position anzuschließen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich.

**V6-Beschluss Klimagerechtigkeit auf allen Ebenen - Jetzt handeln !**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

**Antragstext**

635 Die Klimaveränderungen wie bsp. Temperaturanstieg, Meeresspiegelanstieg und  
636 Versauerung der Meere sowie Extremwetterereignisse führen zu weitreichenden  
637 Problemen weltweit: Beispielsweise ist seit mehreren Jahren eine Zunahme an  
638 Extremwetterereignissen zu verzeichnen, wie an Ereignissen wie den Hurrikanes  
639 Harvey in Texas und Irma in Florida, starken Überschwemmungen und Erdbeben in  
640 Norditalien, sowie den längsten Dürren seit 100 Jahren im Süden und Osten  
641 Afrikas erkennbar ist.

642 Die Forscher sind sich einig, dass diese extremen Wetter-Vorkommnisse die ersten  
643 Anzeichen der Klimakrise sind, und sie werden in den kommenden Jahrzehnten immer  
644 häufiger. Die Klimakrise wird zu einer der zentralen gesellschaftlich-politischen  
645 Herausforderungen unserer Zeit: Menschen verlieren ihre komplette  
646 Lebensgrundlage: Ernte, Häuser und Jobs. Ihre Dörfer werden weggeschwemmt,  
647 Völker verdrängt, Menschen müssen fliehen, um ihre Existenz zu sichern. Die  
648 Klimakrise trifft vor allem jetzt schon marginalisierte Menschen am meisten und  
649 hängt sie immer weiter ab: Klimawandel verstärkt existierende Ungleichheiten.  
650 Die Krise wird die Schere zwischen Arm und Reich, globalem Norden und Süden,  
651 aber auch innerhalb von Staaten und Regionen, noch mehr verstärken: Die am  
652 wenigsten zum Klimawandel beitragen, leiden am meisten. Laut Oxfam tragen die  
653 ärmeren 50% der Weltbevölkerung nur 10% zum Klimawandel bei - die reichsten 10%  
654 hingegen 50%. Ein solches Gefälle in der Verursachung existiert beispielsweise  
655 entlang gesellschaftlicher Klassen, ethnischer Merkmale und geographisch,  
656 zwischen Norden und Süden. Die große Ungerechtigkeit ist, dass arme Menschen und  
657 arme Staaten sich nicht nur weniger schützen können - die ärmeren Regionen sind  
658 auch noch stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Lediglich China und  
659 Indien, die zu den größten Emittenten von Treibhausgasen gehören, fallen etwas  
660 aus der Reihe - sie gehören zu den am Stärksten betroffenen Staaten. Allerdings  
661 liegen die Pro-Kopf-Emissionen in Indien und China weiterhin deutlich unter den  
662 Pro-Kopf-Emissionen der meisten Länder des globalen Nordens, weshalb die Höhe  
663 der absoluten Emissionen aus Klimagerechtigkeitsperspektive differenziert  
664 beachtet werden muss. So liegt der aktuelle CO<sub>2</sub>-Ausstoß Pro-Kopf in Deutschland  
665 bei ca 9 t/Jahr. Zusammen mit der historischen Verantwortung Deutschlands müsste  
666 sich Deutschland aus einer Gerechtigkeitsperspektive verpflichten, bis 2035  
667 klimaneutral zu werden, um das Ziel einer Begrenzung des Temperaturanstiegs um  
668 deutlich unter zwei Grad zu gewährleisten. Zur Zeit hat sich Deutschland  
669 allerdings das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden, was aus einer  
670 Gerechtigkeitsperspektive als kein ehrgeiziges Ziel angesehen werden kann. Somit  
671 sind wir zur Zeit bei den Verantwortlichkeiten zum Klimaschutz weit von  
672 Gerechtigkeit entfernt.

673 All dies zeigt, dass die Klimakrise eine Frage von globaler und lokaler

674 Gerechtigkeit ist, die wir nicht vergessen dürfen, wenn wir über die 1,5 - 2°C  
675 Grenzen der Erwärmung debattieren. Es zeigt aber auch die weiten Facetten der  
676 Klimakrise: es betrifft genauso Feminismus, Gesundheit, Landwirtschaft wie Asyl-  
677 und Geflüchtetenpolitik.

### 678 **Auswirkungen der Klimakrise auf Deutschland**

679 Die Klimakrise ist ein globales Phänomen, macht sich allerdings auch in  
680 Deutschland jetzt schon bemerkbar.

681 Durch den von der Klimakrise verursachten Temperaturanstieg in der Luft  
682 verdunstet mehr Wasser. Daher befindet sich mehr Wasserdampf als vorher in der  
683 Atmosphäre, welcher Gewitter begünstigt. Auch das Zusammentreffen von immer  
684 wärmeren Luftmassen auf kalte Luftmassen führt zu mehr Gewittern. Daher wird es  
685 in Zukunft häufiger zu extremen Wetterlagen wie Starkregen, Orkanen und Stürmen  
686 in Deutschland kommen. Hitzewellen und trockene Perioden nehmen außerdem im  
687 Sommer durch den Temperaturanstieg zu. Dies zieht Folgen für die  
688 landwirtschaftliche Produktion, sowie für die Gesundheit des Menschen mit sich.  
689 Auch in den höheren Lagen Deutschlands sind durch den von der Klimakrise  
690 verursachten Temperaturanstieg Auswirkungen zu spüren: Die Eis- und Schneemassen  
691 und Gletscher in den Alpen schmelzen mit der Zeit ab. Dies hat auch soziale  
692 Auswirkungen: Durch Einbußen im Tourismus könnten tausende Menschen ihren Job  
693 verlieren. Außerdem wird das Schmelzwasser zunächst zu erhöhten Flusspegeln und  
694 Überschwemmungen führen. Nach dem Abschmelzen der Gletscher werden Flüsse im  
695 Sommer weniger Wasser führen, was dazu führt, dass in ganzen Regionen das  
696 Trinkwasser knapp wird.

697 Zudem steigt die Temperatur der Nordsee an und bestimmte Fischarten wandern in  
698 kältere Regionen ab. Auch auf die Ostsee hat die Klimakrise Auswirkungen:  
699 Beispielsweise nimmt der Salzgehalt in der Ostsee durch erhöhte Niederschläge  
700 ab, was eine Bedrohung für Arten bedeutet, die auf einen bestimmten Salzgehalt  
701 angewiesen sind. Durch das Abwandern oder Sterben von Arten kann es unter  
702 anderem zu Einbußen im Fischfang und zur Abnahme der Artenvielfalt in der Region  
703 kommen. Die Auswirkungen der Klimakrise in Deutschland sind jetzt schon zu spüren  
704 - für die Ökosysteme und somit auch für die Menschen. Die Folgen der Klimakrise  
705 auf Ökosysteme sind sehr schlecht vorhersehbar oder berechenbar. Nicht nur  
706 deshalb sind Eingriffe in Ökosysteme immer kritisch. Welche weiteren Folgen dies  
707 mit sich bringt und in welchem Ausmaß Schäden und Kosten in Deutschland und  
708 global entstehen sind lange noch nicht absehbar. Fest steht allerdings, dass die  
709 Kosten von kombinierten Klimaschutzmaßnahmen (Mitigation, Adaptation,  
710 Loss&Damage) zur Begrenzung der Klimakrise auf unter 2°C deutlich unter  
711 zukünftigen Kosten einer reinen Anpassung an eine ungebremste Klimakrise liegen  
712 werden.

713 Stattdessen muss der Bund von Wirtschaftszweigen wie der Automobil- und  
714 Kohleindustrie, die zum Klimawandel beitragen, fordern, dass diese ausreichende  
715 Reserven beiseite legen, um den vom Klimawandel Betroffenen zu helfen. Ähnliches  
716 gilt auch für dauerhafte Umweltschäden. Wenn es 300 Jahre dauert, bis ein  
717 Kohletagebau renaturiert ist, muss abgesichert sein, dass alle Folgekosten von  
718 der Industrie ,gemäß des Verursacher\*innenprinzips, gezahlt werden können. Kann  
719 nicht garantiert werden, dass ein neuer Tagebau so viel Gewinn abwirft, dass die  
720 Folgekosten komplett abgedeckt werden können, darf er nicht eröffnet werden.

721 **Klima und Gesundheit**

722 Die Klimakrise hat neben vielen Auswirkungen, beispielsweise in den Bereichen  
723 Landwirtschaft und Ernährung, auch starke Auswirkungen aus gesundheitlicher  
724 Perspektive. So wird durch eine Erhöhung der Durchschnittstemperaturen die  
725 Verbreitung verschiedener Krankheiten begünstigt, unter anderem durch die  
726 geographische Ausbreitung von verschiedenen Vektoren wie Moskitos, die Dengue  
727 Fiber oder Malaria übertragen. Darüber hinaus werden die erwarteten häufigeren  
728 thermischen Extreme wie Hitzewellen dazu führen, dass vor allem sehr junge und  
729 alte Menschen sowie gesundheitlich angeschlagene Menschen unter diesen  
730 thermischen Extremen leiden werden und eine Zunahme an Herz-Kreislauf- und  
731 Atemwegserkrankungen sowie eine Zunahme an Todesfällen erwartet wird. Auch eine  
732 Zunahme und zunehmende Intensität an Extremwetterereignissen wie  
733 Überschwemmungen und Stürmen führen zu gesundheitlichen Problemen: Auf der einen  
734 Seite werden Menschen durch die direkten Auswirkungen dieser Ereignisse  
735 gefährdet, andererseits bedrohen diese Ereignisse die Infrastruktur des  
736 Gesundheitswesens, wie beispielsweise Krankenhäuser. Außerdem führen verschiedene  
737 Auswirkungen des Klimawandels indirekt zu Gesundheitsbeeinträchtigungen, wie  
738 beispielsweise durch zurückgehende Nahrungsmittelverfügbarkeit begründete  
739 Mangelernährung von Menschen und Erkrankungen durch Wasserknappheit.

740 Die Quellen von Treibhausgasen stoßen oft auch andere gesundheitsschädliche  
741 Stoffe aus. So stoßen besonders Dieselmotor und Kohlekraftwerke große Mengen an  
742 gesundheitsschädlichem Feinstaub und Stickoxiden aus. Nach wissenschaftlichen  
743 Schätzungen sterben pro Jahr in Europa 430. 000 Menschen an Feinstaub, dabei  
744 gehen auf das Diesel-Konto 10 000 Tote, auf das Konto der Kohle alleine in  
745 Deutschland 3000 Tote pro Jahr. Ganz abgesehen von den vielen nicht tödlichen  
746 Erkrankungen. Kinder sind wegen ihrer noch nicht weit entwickelten Lunge  
747 besonders gefährdet. Ärmere Menschen sind stärker betroffen, weil sie in den  
748 betroffenen Gebieten mit hoher Schadstoffbelastung wohnen. Unter einem Mangel an  
749 Ökologie leiden die Verletzlichen, die Schwachen, die Armen am Meisten. Diese  
750 Gesundheitsbelastung fiele mit der Energiewende in allen Sektoren weg.

751 **Klimakrise und Ernährung**

752 Die Auswirkungen der Klimakrise sind schon jetzt am stärksten in Ländern des  
753 globalen Südens zu spüren. Hier führen extreme und lang anhaltende Dürreperioden  
754 zur Austrocknung von Böden. Winderosion durch Stürme und Orkane und  
755 Starkregenereignisse führen zur Abtragung von den nährstoffreichen oberen  
756 Bodenschichten. Da Böden die Grundlage zur Lebensmittelproduktion darstellen und  
757 trockene, nährstoffarme Böden schlecht bis gar nicht bewirtschaftet werden  
758 können, sind Menschen in diesen Gebieten von Hungersnöten geplagt. Jetzt schon  
759 sterben tausende Menschen an Unterernährung und den Auswirkungen von  
760 Extremwetterereignissen. Für eine Klimagerechtigkeit gilt es die Ursachen der  
761 Klimakrise zu bekämpfen, aber auch den Regionen Gelder zur Anpassung zur  
762 Verfügung zu stellen, die von den Folgen betroffen sind.

763 Landwirtschaft ist vollständig vom Klimasystem abhängig: Kulturen und Nutztiere  
764 reagieren schon jetzt sehr empfindlich auf geringe klimatische Veränderungen.  
765 Vor allem in den Ländern des globalen Südens ist die Wirtschaft und somit die  
766 Existenzsicherung der einzelnen Menschen von Landwirtschaft abhängig. Sie werden  
767 die Auswirkungen der Klimakrise am stärksten spüren. Dazu gehören die  
768 Veränderungen des Pflanzenwachstums, Verbreitung von Schädlingen und

769 Krankheiten, erhöhte Hitzestressbelastungen, Änderungen der Niederschlagsmuster,  
770 größere Auswaschung von Nährstoffen aus dem Boden und vieles mehr. Landwirtschaft  
771 ist untrennbar mit der Erfüllung der Menschenrechte verbunden, einschließlich  
772 des Rechts auf Selbstbestimmung, Nahrung usw. Die Landwirtschaft und die damit  
773 verbundenen Prozesse hängen nicht nur unmittelbar von einem sich wandelnden  
774 Klima ab, sondern tragen auch maßgeblich zur Klimakrise bei. Vor allem der  
775 Übergang von traditionellen kleinbäuerlichen Techniken zu intensiven  
776 Großsystemen hat viele gravierende Folgen. Landnutzungsänderungen,  
777 Überschwemmungsgebiete für die Reis- und Zuckerrohrproduktion, Verbrennung von  
778 Ernterückständen, die Aufzucht von Wiederkäuern und die Verwendung von  
779 Stickstoffdüngern sind Beispiele für landwirtschaftliche Aktivitäten, die  
780 Treibhausgase in die Atmosphäre freisetzen und zur Wüstenbildung und  
781 Landdegradation beitragen.

782 Die zunehmend unhaltbaren Methoden der intensiven Landwirtschaft, Viehzucht und  
783 Fischerei führen zu Luftverschmutzung und Erosion von Nahrungsmitteln und  
784 Wasser, die in der Folge zur Klimakrise und zur Ernährungssicherheit beitragen.  
785 Wir streiten weiter für ein sofortiges Ende solcher intensiven  
786 landwirtschaftlichen Monokulturen und eine landwirtschaftliche Transition hin zu  
787 kleineren Betrieben und umweltschonenden Praktiken.

### 788 **Klima und Geflüchtete**

789 Die Klimakrise wird dafür sorgen, dass Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen  
790 müssen. Sie fliehen vor den Folgen, die durch die Klimakrise hervorgerufenen  
791 werden. Klima Induzierte Flucht bzw. Migration ist jedoch in keiner bisherigen  
792 legalen Übereinkunft anerkannt. Dennoch rückt das Thema langsam, aber sicher,  
793 auch auf die internationale Agenda.

794 Es gibt Stimmen, laut denen „Klimaflüchtlinge“ als solche nicht existieren, denn  
795 die Folgen der Flucht können nie alleine auf die Folgen der Klimakrise  
796 zurückgeführt werden. So werden Menschen, die aufgrund des Hurrikans „Katrina“  
797 in den USA evakuiert werden mussten, oft als die ersten Klimaflüchtlinge im  
798 Globalen Norden bezeichnet. Ob der Hurrikane aber aufgrund der Klimakrise so  
799 stark wurde kann nicht gesichert ausgesagt werden – fest steht nur, dass es  
800 immer mehr immer stärkere Hurrikane geben wird. Dem steht folgendes entgegen:  
801 Wir wissen, dass aufgrund der Klimakrise der Meeresspiegel ansteigen wird und  
802 Menschen auf tiefer gelegenen Inseln oder in Küstenregionen, wo ein großer Teil  
803 der Weltbevölkerung lebt, diese verlassen müssen. Wir wissen beispielsweise  
804 auch, dass bestimmte Weltregionen unbewohnbar werden, oder dass sich  
805 Vegetationszonen so verschieben, dass Landwirtschaft nicht einmal mehr zur  
806 Selbstversorgung betrieben werden kann.

807 Wir fordern daher ein internationales, legal verbindliches Rahmenwerk, dass  
808 substantielle Rechte für Menschen, die aufgrund des Klimawandels fliehen müssen  
809 anerkennt und sichert. Ebenso wollen wir durch dieses legal verbindliche  
810 Rahmenwerk Staaten in die Verantwortung nehmen, die rechtliche Definition von  
811 Fluchtgründen zu erweitern, damit durch die Folgen der Klimakrise Geflohene auch  
812 als Flüchtlinge anerkannt werden. In diesem Rahmen fordert die GRÜNE JUGEND  
813 auch, dass es ein Recht auf permanenten Aufenthalt für Klimaflüchtlinge geben  
814 werden muss, wenn deren Zuhause unwiderruflich verloren geht. In der Folge  
815 bedeutet dies auch die Bereitstellung humanitärer Visa zum Schutz von  
816 Klimaflüchtlingen.

817 Zudem hat Klimaflucht eine geschlechtsspezifische Komponente. Bei klimabedingter  
818 Migration und Flucht kommt es häufig dazu, dass Männer den Herkunftsort  
819 verlassen, um Zuflucht in einer anderen Region oder einem anderen Land zu  
820 suchen, während Frauen\* zurückbleiben. Ist dies der Fall, müssen Frauen\*  
821 Aufgaben übernehmen, die vorher traditionell in der Hand von Männern lagen - sie  
822 haben jedoch weder rechtliche noch finanzielle und technische Ressourcen, dies  
823 zu tun, was beispielsweise im Fall von Eigentumsrechten zu erheblichen Problemen  
824 führt. Frauen\* sind damit in Situationen der klimabedingten Migration um einiges  
825 verletzlicher als Männer: Insbesondere wenn es ihnen aufgrund von  
826 Verpflichtungen in der Care-Arbeit nicht möglich ist, eine bezahlte Arbeit zu zu  
827 erlangen, sind sie einem großen sozialen und ökonomischen Risiko ausgesetzt. Sie  
828 sind so häufig Menschenrechtsverletzungen, unzureichendem Lohn und unzumutbaren  
829 Arbeitsbedingungen sowie sexueller Gewalt ausgesetzt.

830 Wir fordern daher, dass Entwicklungsprogramme die erhöhte Last, die auf Frauen\*  
831 im Falle von männlicher Migration liegt, anerkennen und gezielt bekämpfen. Dafür  
832 ist es notwendig, potentielle geschlechtsspezifische Gründe für klimabedingte  
833 Migration zu identifizieren und auszuwerten. Auch die Rolle von Remissen sollte  
834 besser erforscht werden, um zu bestimmen, ob Remissen in der Lage sind,  
835 Klimaanpassungen von im Herkunftsort zurückgebliebenen Familien zu verbessern.

836 Die scheidende Bundesregierung sprach davon, dass "die Fluchtursachen bekämpft  
837 werden müssen" - tatsächlich werden nicht nur weiter Waffen an Kriegsführende  
838 Diktaturen verkauft, sondern die mit Abstand größte kommende Fluchtursache, der  
839 Klimawandel, angeheizt. Es gibt sehr unterschiedliche Schätzungen, wie viele  
840 Menschen in den nächsten Jahren wegen des Klimawandels fliehen müssen - aber ob  
841 sich die Zahl der Flüchtlinge insgesamt bis 2050 verfünffacht oder verzehnfacht,  
842 ist nicht von Belang. Fluchtursachen bekämpfen heißt Treibhausgase stoppen. So  
843 schnell wie möglich - nicht so schnell, wie angenehm.

### 844 **Klimagerechtigkeit und Feminismus**

845 Die Klimakrise ist ein soziales, ökonomisches und politisches Phänomen, welches  
846 starke Auswirkung auf Soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit hat.

847 Männer und Frauen\* erleben die Klimakrise auf eine unterschiedliche Art und  
848 Weise. Machtverhältnisse und eine sozial konstruierte Geschlechternormen  
849 schaffen Rechte, Rollenbilder und Kapazitäten von Männern und Frauen\*, die sich  
850 dann durch die Auswirkungen der Klimakrise besonders negativ auf Frauen\*  
851 ausfallen. Gleichzeitig sind Frauen\* aber noch nicht in politischen oder  
852 gesellschaftlichen Prozessen vertreten, die die Klimakrise nachhaltig  
853 bekämpfen. Wenn Genderaspekte nicht in der Bekämpfung der Klimakrise  
854 berücksichtigt werden, dann wird der Klimawandel bestehende  
855 Geschlechterungerechtigkeiten weiter verschärfen. Für uns ist klar: Durch die  
856 Berücksichtigung von Genderaspekten werden klimapolitische Maßnahmen effektiver.

857 Die internationalen Klimaverhandlungen zeigen, wie vorherrschend das  
858 patriarchalische System immer noch in internationaler Politik verankert ist: Vor  
859 den wichtigen Beschlüssen zum Paris Agreement lag die Frauenquote in den  
860 nationalen Delegationen bei ca. 35%, als allerdings die wichtigen 1,5 - 2 °C  
861 Begrenzungen während der COP21 getroffen wurden und der großer Vertrag  
862 unterschrieben wurde, waren Frauen\* in den Delegationen nur noch mit 16%  
863 repräsentiert. Dies ist ein Desaster, dass wir keinesfalls übersehen dürfen. Es

864 darf nicht sein, dass wichtige Entscheidungen, zum Großteil von männlichen  
865 Personen getroffen werden und Frauen\* nur dann vermehrt in den Delegationen  
866 repräsentiert sind, wenn sie die schwierigen diplomatische Zwischenverhandlungen  
867 führen sollen.

868 Wir fordern eine Frauen\*-quote von 50% in allen Delegation, die durch Staaten,  
869 akkreditierte Nichtregierungsorganisationen oder intergovernmentale  
870 Organisationen aufgestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Leitungsebene  
871 dieser Delegationen.

872 Klima ist nicht männlich und darf niemals nur männlich gedacht werden.

**873 Beispiele zu Landwirtschaft:**

874 Wie schon im oberen Teil (Klimakrise und Ernährung) erläutert hat die  
875 Landwirtschaft einen besonderen Einfluss auf die Klimakrise, aber auch die  
876 Klimakrise auf die Landwirtschaft.

877 Die zentrale Bedeutung des Geschlechts in diesen Diskussionen ist angesichts der  
878 wichtigen und vielfältigen Rollen von Frauen\* in der Landwirtschaft  
879 unübersehbar. Mehr Frauen\* als Männer arbeiten im Agrarsektor und tragen  
880 wesentlich zur Kleinbauer\*innen-Subsistenzlandwirtschaft bei. Sie machen einen  
881 größeren Anteil als Männer in vielen Regionen, darunter Asien, Afrika südlich  
882 der Sahara, dem Mittleren Osten und Nordafrika im Agrarsektor aus. Zum Beispiel  
883 besagen Schätzungen, dass ländliche Frauen\* bis zu 80% der Nahrung in Afrika  
884 produzieren. Dies hat u.a. auch mit männlicher Migration und der Verlagerung von  
885 Produktionsrollen zu tun (mehr dazu im „Klima und Geflüchtete“ Teil). Angesichts  
886 dieser bedeutenden Beiträge zur Nahrungsmittelproduktion ist es beunruhigend,  
887 dass viele Frauen\* die Vorteile dieses Sektors nicht ernten. Nach Angaben der  
888 Weltbank betreiben Frauen\* in der Regel " kleinere Grundstücke und  
889 landwirtschaftlich weniger remunerative Kulturen". Dies hängt mit ihrem  
890 begrenzten Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Möglichkeiten  
891 wie Land, Finanzdienstleistungen, Wasser, ländliche Infrastruktur, Technologie  
892 und Arbeit zusammen. Gesetzliche Bestimmungen beschränken oft die Eigentums- und  
893 Grundstücksrechte der Frauen und machen es ihnen schwer, Zugang zu Kredit- und  
894 Landwirtschaftsdiensten zu erhalten und gleichzeitig ihre Fähigkeit zur  
895 langfristigen Investition in die Landrehabilitation und Bodenqualität zu  
896 reduzieren.

897 Um die Ungerechtigkeiten zu bekämpfen fordern wir kulturelle und rechtliche  
898 Barrieren zu bekämpfen und Kanäle zu schaffen, die die Teilnahme an  
899 gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Des  
900 Weiteren fordern wir, alle Rechte von Frauen\* anzugleichen und den Zugang zu  
901 landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Land, Wasser und Finanzleistungen zu  
902 garantieren. Es ist wichtig, Netzwerke für Frauen\* zu gründen, um gleiche  
903 Landrechte zu fordern und Frauengruppen zu unterstützen, die zusammenarbeiten,  
904 um Land zu kaufen. Angesichts der Schlüsselrolle, die Frauen\* in der  
905 Landwirtschaft spielen, ist es notwendig, dass geschlechtsspezifische Daten für  
906 mehr Länder und landwirtschaftliche Systeme verfügbar gemacht werden. Dies  
907 verstärkt die Anpassungsbemühungen durch die Bereitstellung lokaler  
908 Klimainformationen und die Verbesserung des meteorologischen und  
909 klimatologischen Wissens.



910 **Beispiele zu Wäldern:**

911 Wälder spielen im Klimaschutz eine bedeutende Rolle, da sie als riesige  
912 Kohlenstoffspeicher 30% der Landoberfläche bedecken. Außerdem sind mehr als 300  
913 Millionen Menschen auf Wälder als Teil ihrer Lebensgrundlage angewiesen, sie  
914 haben neben ihrer ökologischen also auch eine enorme soziale Rolle.

915 Insbesondere in Bezug auf Nichtholzprodukte (beispielsweise Pflanzen und Tiere  
916 des Waldes) haben Frauen\* in der Agroforstwirtschaft eine große Bedeutung: Neben  
917 einkommensschaffenden Aufgaben wie das Sammeln von Waldmaterialien sind Frauen\*  
918 in vielen Regionen auch die Hauptschützerinnen\* von Wald und Biodiversität, da  
919 sie über umfangreiches Wissen über Arten und Nutzbarkeit der Pflanzen verfügen.  
920 Nichtsdestotrotz ist die große Bedeutung von Frauen\* in diesem Zusammenhang  
921 nahezu unsichtbar, insbesondere wenn es um Entscheidungsfindung auf politischer  
922 Ebene geht. Die Fachkenntnisse, über die Frauen\* in Bezug auf Forstwirtschaft,  
923 Biodiversität und Botanik verfügen, sind wesentlich im Kampf gegen Abholzung.  
924 Wir fordern, dass weibliche\* politische Teilhabe und Führung durch politisches  
925 Handeln unterstützt wird, das diese Kenntnisse anerkennt und Frauen\* in der  
926 Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung unterstützt.  
927 Partizipation von Frauen\* muss bei konsultativen Verfahren zum Einbezug lokaler  
928 Betroffener von Waldschutzmaßnahmen gewährleistet werden. Alle politischen  
929 Strategien, die in Verbindung zu Tropenwäldern stehen, müssen die Rolle der  
930 indigenen Bevölkerung in Bezug auf Waldschutz wahrnehmen und anerkennen - und  
931 dabei insbesondere die historische Rolle von Frauen\* - und volle Partizipation  
932 bei Entscheidungsprozessen muss gewährleistet werden.

933 *\*hiermit möchten wir darauf aufmerksam machen, dass nicht nur zwei Geschlechter*  
934 *existieren, die oben beschriebenen Problematiken aber vor allem Frauen\**  
935 *betreffen, damit schließen wir allerdings nicht aus, dass diese Problematiken*  
936 *nicht auch auf andere Geschlechter zutreffen*

937 **UN Klimaverhandlungen - Hier muss einiges besser laufen!**

938 Die diesjährigen Klimaverhandlungen sind die ersten, die unter der  
939 Präsidentschaft eines Inselstaates stattfinden wird. Gleichzeitig ist diese  
940 Klimakonferenz ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung des Regelwerks des  
941 Pariser Klimavertrags und der Vorbereitung der Klimakonferenz nächstes Jahr in  
942 Polen. Schwerpunkte dieser Verhandlungsrunde werden Partizipation, Transparenz,  
943 der Umgang mit Klimafolgen, an die keine Anpassung möglich ist, der Aktionsplan  
944 zu Gendern sowie eine Steigerung der staatlichen Ambitionen im Bereich  
945 Emissionsreduktionen und Klimafinanzierung sein.

946 Hinsichtlich Partizipation fordern wir, dass die Verhandlungen offener für die  
947 unterschiedlichen Akteur\*innen gestaltet werden und die zunehmende Trennung  
948 zwischen Verhandler\*innen und Vertreter\*innen nichtstaatlicher Organisationen  
949 aufgehoben wird. Wir begrüßen, dass nun auch Vertreter\*innen, die über 16 Jahre  
950 alt sind, an den Klimaverhandlungen teilnehmen können. Allerdings fordern wir  
951 eine deutlich höhere Beteiligung junger Menschen sowie eine Vertretung  
952 zukünftiger Generationen am Verhandlungstisch, da diese die Folgen der  
953 Klimakrise am stärksten treffen wird. Gleichzeitig fordert die GRÜNE JUGEND eine  
954 Aktualisierung des "Beobachterstatus". Gerade private Unternehmen, deren  
955 Geschäftsmodell eng an die Extraktion oder Verbrennung fossiler Rohstoffe  
956 geknüpft ist, sollten keine Möglichkeit besitzen ihre große strukturelle Macht

957 zu nutzen. Sie - und bei ihnen in höheren Ebenen Beschäftigte - gehören von den  
958 Verhandlungen ausgeschlossen, auch als Berater\*innen von staatlichen  
959 Delegationen.

960 Für die Transparenzrahmenwerke unter dem Pariser Klimaabkommen müssen die  
961 Richtlinien, welche entwickelt werden, auf die bisherigen Modelle aufbauen, aber  
962 zweifelsohne auch darüber hinausgehen. Aus den Richtlinien muss letztlich  
963 eindeutig hervorgehen, welche Maßnahmen angewendet werden und wie sie zu  
964 Emissionsreduktionen beitragen. Auf diese Weise ist eine Unterteilung in  
965 domestische Emissionsreduktionen und Emissionsreduktionen von einem Staat in  
966 einem anderen Stand möglich. Gleichzeitig werden auch endlich klare  
967 Transparenzregeln für bereitgestellte Finanzmittel benötigt.

968 Zudem müssen erste Einigungen darüber geschaffen werden, was das Pariser  
969 Klimaabkommen eigentlich bedeutet. Deshalb müssen Grundlagen für das Regelwerk  
970 auf dieser Klimakonferenz geschaffen werden. Daher muss es zum Ende der  
971 Klimakonferenz mindestens einen ersten Entwurf des Regelwerks geben. Darüber  
972 hinaus muss sich beim Ambitionsmechanismus noch viel mehr tun: Es ist nicht  
973 klar, wie aus der globalen Bestandsaufnahme, die ab 2023 alle fünf Jahre  
974 stattfinden soll, mehr Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise hervorgehen  
975 sollen. Am Ende der COP23 sollten mögliche Wege stehen, wie dies erreicht werden  
976 kann. Dies bedeutet auch den "Gestalterischen Dialog" (engl. "Facilitative  
977 Dialogue") schon in Bonn zu starten und auf der COP 24 zu Ende gehen zu lassen.

978 Hinsichtlich des Themenkomplexes "Verlust und Schaden" braucht es mehr  
979 Initiativen, die Gelder aus unterschiedlichen Quellen bereitstellen. Vor allem  
980 Staaten des Globalen Nordens müssen zugleich auch mehr öffentliche Gelder  
981 bereitstellen. Darüber hinaus braucht es eine finanzielle Stärkung des  
982 "Internationalen Mechanismus für Verluste und Schaden im Zusammenhang mit  
983 Auswirkungen des Klimawandels", damit dieser endlich einsatzfähig wird und  
984 seinen Aufgaben adäquat nachkommen kann.

985 Im Hinblick auf Finanzierung müssen die Staaten des Globalen Nordens endlich  
986 klar erkennbare Anstrengungen unternehmen um das 100-Milliarden-Ziel zu  
987 erreichen. Weiterhin muss die Rolle und Finanzierung des Anpassungsfonds unter  
988 dem Pariser Klimaabkommen endlich geklärt werden. Dieser ist als additiv zu den  
989 100 Mrd zu sehen. Hinsichtlich der national bestimmbaren Beiträge unter dem  
990 Pariser Klimaabkommen müssen die Staaten mehr Ambition zeigen. COP 23 muss eine  
991 Grundlage für den Facilitative Dialogue bei der COP 24 und die Global Stocktake  
992 während der COP 29 schaffen. Das Abschlussdokument der COP 23 muss letztlich  
993 dazu führen, dass zur COP24 Ambitionslücken geschlossen werden.

994 Es ist dringend notwendig, dass ein genauer Wert als „vorindustrielles Niveau“  
995 festgelegt wird, auf dem wissenschaftliche Untersuchungen basieren können. Wir  
996 schlagen vor, dafür die Referenzperiode 1961-1990 minus 0,4 oder 0,45°C zu  
997 nutzen. (Dies entspräche etwa 0,04 oder 0,09°C unter der Referenzperiode von  
998 1880-1920.)

999 Der Gender Aktionsplan wird der erste seiner Art in den Klimaverhandlungen sein.  
1000 Dies begrüßen wir, allerdings bedauern wir, dass es so lange gedauert hat, bis  
1001 man die besondere Dringlichkeit solch eines Plans verstanden hat. Der  
1002 Aktionsplan wird vor allem Kapazitäten von Frauen erweitern, aufbauen und  
1003 unterstützen, mit einem Fokus auf jungen Indigenen Frauen\* und lokalen

1004 Initiativen.Ebenfalls soll auf geschlechtergerechte Finanzierung und  
1005 Technologien und Genderperspektiven eingegangen werden.

1006 **COPs vertrauen?**

1007 UN-Klimaverhandlungen umgibt der Mythos das Klima retten zu können. Doch seit  
1008 über 20 Jahren - und auch mit dem Pariser Klimaabkommen - zeigt sich: Sie sind,  
1009 aus unterschiedlichsten Gründen, nicht in der Lage dazu. Dennoch sind sie das  
1010 einzige Gremium, in dem gerade die empfindlichsten Staaten auch eine Stimme  
1011 haben. Gleichzeitig gehen aus Klimaverhandlungen allenfalls Versprechen hervor.  
1012 Doch diesen fehlt die Ambition das Klima retten zu können.

1013 Die Klimakonferenz in Bonn findet in direkter Nähe zum Rheinischen  
1014 Braunkohlerevier statt. Nicht einmal 50 Kilometer von den Verhandlungen entfernt  
1015 entsteht eine Mondlandschaft, weil sich gigantische Bagger immer weiter in die  
1016 Erde fressen. Während in den Konferenzsälen diskutiert wird, wird das Klima  
1017 weiter verheizt. Und während die Klimakrise Inselstaaten untergehen lassen wird,  
1018 bleibt Politik untätig.

1019 Doch als GRÜNE JUGEND wollen wir uns einmischen, nicht umsonst sind wir ein  
1020 politischer Jugendverband. Wir sind mit unterschiedlichsten Bewegungen  
1021 verknüpft. Aus unserer Sicht schließen sich die verschiedenen Formen des  
1022 Protests nicht aus, sondern sind nur in ihrer Summe so stark. Deshalb ruft die  
1023 GRÜNE JUGEND zu der Großdemonstration am 4. November und zu den Aktionen Ende  
1024 Gelände vom 3.-5. November auf.

1025 Es geht uns um einen schnellstmöglichen Kohleausstieg. Und es geht uns darum  
1026 Kohleverbrennung und -produktion zu beenden. Denn wenn es Regierungen nicht  
1027 schaffen ihr Klimaziele einzuhalten, dann müssen wir eben nachhelfen. Wir  
1028 verstehen unsere Aktivitäten auch als Ansage an die Grünen, und ihre möglichen  
1029 Koalitionspartnerinnen CDU/CSU und FDP. Die Heuchelei und die mangelnde Ambition  
1030 in der Klimapolitik muss beendet werden.

1031 Abschließend fordert die GRÜNE JUGEND von allen beteiligten Akteur\*innen eine  
1032 stärkeren Einsatz für Klimagerechtigkeit auf allen politischen, wirtschaftlichen  
1033 und gesellschaftlichen Ebenen. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, dass  
1034 diejenigen die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben schon jetzt am  
1035 meisten unter den Folgen leiden müssen.

**V7-Beschluss Fight Law & Order! - Autoritäre Tendenzen bekämpfen**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 28.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

**Antragstext**

1036 Seit einiger Zeit ist sowohl in Deutschland, aber auch weltweit, eine Zunahme  
1037 von autoritären und repressiven Gesetzen, Handlungsweisen und Regimen zu  
1038 beobachten. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer komplizierter wird,  
1039 versuchen vor allem konservative und nationalistische Politiker\*innen mit  
1040 möglichst einfachen Forderungen das "Sicherheitsgefühl" der Bevölkerung  
1041 wiederherzustellen. Immer weitere Sicherheitsgesetze in engen Abständen schaffen  
1042 jedoch nicht mehr Sicherheit, sondern sind nur Aktionismus und schüren die  
1043 Ängste vor Kriminalität und Terrorismus. Doch gerade im Bereich der Innenpolitik  
1044 gilt nicht "Viel hilft viel", denn es gibt keine absolute Sicherheit. Viele der  
1045 Maßnahmen und Gesetze in der Innenpolitik sind hauptsächlich Einschränkungen der  
1046 Freiheit, die einhergehen mit einer Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat,  
1047 was letztlich auch zu deren Abschaffung führen kann. In verschiedenen  
1048 Bundesländern und auf Bundesebene wurden unterschiedliche Gesetzesverschärfungen  
1049 angenommen und Projekte eingeführt, denen wir uns entschieden entgegenstellen.  
1050 Eine junggrüne Politik zeichnet sich aus durch den klaren Schutz von  
1051 Bürger\*innen- und Menschenrechten und die Verteidigung der Freiheit der  
1052 Einzelnen. Unsere Wurzeln in der Protestbewegung sind dabei keine abgeschlossene  
1053 Geschichte, sondern vielmehr Auftrag, gerade im Hinblick auf die eventuell bald  
1054 zu führenden Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE  
1055 GRÜNEN.

**1056 Keine weitere Aushöhlung des Demonstrationsrechts!**

1057 Der in der jüngeren Geschichte beispiellose Rechtsruck, der gerade durch die  
1058 Gesellschaft geht, spiegelt sich auch in den innenpolitischen Forderungen vor  
1059 allem der Union, aber auch der anderen Parteien wieder. Auf angebliche, gefühlte  
1060 oder tatsächliche Sicherheitsprobleme und Extremsituationen wird inzwischen mit  
1061 immer neuen Straf- und Asylrechtsverschärfungen reagiert. Dazu zählen u.a. die  
1062 Einführung des sogenannten Schutzparagraphen oder die Strafverschärfungen beim  
1063 Straftatbestand des Wohnungseinbruchs. Nach jeder Gesetzesverschärfung kommt  
1064 eine neue Forderung. Erst im Frühjahr wurden die §§ 113 bis 115, 125 und 323c  
1065 StGB novelliert, um durch massive Strafandrohung für Bagatelldelikte einen  
1066 besseren Schutz für Einsatzkräfte zu bewirken. Dass durch die angedrohten  
1067 Haftstrafen von mindestens drei Monaten Menschen davon abgeschreckt werden,  
1068 Demonstrationen zu besuchen und sie somit in der Ausübung des  
1069 Demonstrationsrechts stark eingeschränkt werden, wurde mindestens billigend  
1070 in Kauf genommen. Im Wahlkampf forderten Bundesinnenminister Thomas de Maizière  
1071 und mehrere Unions-Landesinnenminister\*innen dann auch, den Straftatbestand des  
1072 Landfriedensbruchs derart zu verschärfen, dass man sich bereits strafbar macht,  
1073 wenn man an einer Demo teilnimmt, aus der eine beliebige Person einen Stein  
1074 wirft. Das würde einer Abschaffung der Demonstrationsfreiheit gleichkommen. Die

1075 GRÜNE JUGEND beobachtet einen rechtlichen und einen diskursiven Wandel der  
1076 Wahrnehmung von Demonstrationen. Demo-Teilnehmer\*innen werden kriminalisiert und  
1077 ihre Teilnahme delegitimiert, dadurch werden Menschen davon abgehalten, sich auf  
1078 demokratischem Wege für ihre Ziele und Visionen einzusetzen. Einen wesentlichen  
1079 Anteil daran hat auch die Polizei, die, gerade auch durch den vermehrten Einsatz  
1080 von sozialen Medien, den Diskurs entscheidend mitbestimmt. Wir fordern daher  
1081 umfassende Social Media-Lehrgänge für Polizist\*innen sowie eine strenge  
1082 Reglementierung der zu postenden Inhalte auf der Öffentlichkeit dienlichen  
1083 Informationen (bspw. offene Anfahrtswege bei Großveranstaltungen).

1084 Das Demonstrationsrecht ist in Artikel 8 des Grundgesetzes verankert und ist  
1085 eins der wichtigsten Rechte zur Verwirklichung einer Demokratie. Demonstrationen  
1086 dienen der Meinungskundgabe, sind Ausdruck von politischem Protest, Solidarität  
1087 und vielfach von kreativen Aktionsformen geprägt. Nicht erst bei den G20  
1088 Protesten in Hamburg sind die massiven Probleme von Polizeieinsätzen bei  
1089 Demonstrationen deutlich geworden. Polizeiliche Einsatzkonzepte für  
1090 Demonstrationen sollten auf Deeskalation und Kommunikation ausgerichtet sein.  
1091 Dabei sollte die Polizei jedoch nicht alleine für die Einschätzung der Lage  
1092 zuständig sein, sondern nur gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen  
1093 Organisationen, Demonstrationsbeobachter\*innen und Konflikt-  
1094 /Protestforscher\*innen. Unabhängige Konflikt- und Protestforscher\*innen können  
1095 langfristig auch mit der Übernahme dieser Aufgabe betraut werden um eine  
1096 neutrale Bewertung der Lageeinschätzung zu garantieren. Um das  
1097 Demonstrationsrecht aufrechtzuerhalten, fordert die GRÜNE JUGEND die Rücknahme  
1098 der Strafrechtsverschärfungen der §§ 113-115, 125 und 323c StGB. Auch die  
1099 Vorschläge der Unionsinnenminister\*innen bezüglich des Landfriedensbruchs lehnen  
1100 wir entschieden ab!

**1101 Gegen das geplante Polizeigesetz der Grün-Schwarzen Regierung in Baden-  
1102 Württemberg!**

1103 Auch in vielen Bundesländern sieht die Situation derzeit nicht besser aus. In  
1104 Bayern hat die CSU-Staatsregierung im Juli ein Gesetz eingeführt, das es der  
1105 Polizei ermöglicht, angebliche "Gefährder\*innen" ohne den Verdacht einer  
1106 Straftat präventiv quasi unbegrenzt in Haft zu nehmen. Menschen einzusperren,  
1107 weil man diese für "Gefährder\*innen" hält, widerspricht jeglichen  
1108 rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Grundprinzipien. Präventive,  
1109 unbegrenzte Freiheitsberaubung nach Gusto der Polizei öffnet die Tür für einen  
1110 mehr und mehr autonom agierenden, kaum zu kontrollierenden, repressiven  
1111 Polizeiapparat. Leider versucht sich in Baden-Württemberg auch die grün-schwarze  
1112 Landesregierung derzeit an einer Annäherung an die CSU. Ein extrem scharfes  
1113 Polizeigesetz ist in Planung, das sogar laut Ministerpräsident Kretschmann an  
1114 die "Grenzen des verfassungsgemäß Machbaren" gehen soll. Die Polizei soll mit  
1115 Handgranaten aufgerüstet werden und es soll die Überwachung von Menschen  
1116 ermöglicht werden, bei denen die Polizei davon ausgeht, dass sie eine Straftat  
1117 begehen könnten. Die Unterrichtung der Betroffenen wird in die Hände der  
1118 Überwacher\*innen, der Polizei gegeben, mit der Festlegung, dass eine  
1119 Unterrichtung ausbleiben kann, wenn sie nicht im Interesse der Betroffenen  
1120 liegt. Dieses Gesetz konterkariert grüne Politik der Freiheit, Bürger\*innen- und  
1121 Menschenrechte, indem es auf Überwachung und Aufrüstung setzt.

1122 Die Grenzen der Verfassung sind kein Maßstab für Gesetze. Vielmehr wird so  
1123 wieder einmal dem Verfassungsgericht die Rolle zugewiesen, das Schlimmste zu  
1124 verhindern und eine Orientierung an den Grenzen lässt den Blick für Ziel und

1125 Sinn des Gesetzes verwischen.

1126 Gerade von einer Grün geführten Regierung erwarten wir Gesetze, die die  
1127 Freiheiten der hier lebenden Menschen stärken und nicht diese einschränken. Eine  
1128 massive Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und eine völlig übertriebene  
1129 Aufrüstung ist das klare Gegenteil davon. Der Waffeneinsatz von Polizist\*innen  
1130 muss dringend überdacht und eingeschränkt werden und nicht durch Handgranaten  
1131 erweitert werden. Zur Stärkung und Verteidigung der Privatsphäre jeder\*s  
1132 einzelnen fordert die Grüne Jugend außerdem die ersatzlose Abschaffung der  
1133 Kategorisierung anhand sogenannter personengebundener Hinweise und der  
1134 Gefahrenzonen, die unter verschiedenen Bezeichnungen bisher in allen  
1135 Bundesländern existieren.

### 1136 **Gegen einen autoritären und repressiven Missbrauch technischer Möglichkeiten**

1137 Das Arsenal technischer Überwachungsmöglichkeiten ist in den vergangenen Jahren  
1138 enorm gewachsen. Projekte der vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung  
1139 durch Bundesregierung, Bundespolizei und Bundeskriminalamt am Berliner Bahnhof  
1140 Südkreuz zeigen die autoritäre Tendenz, die Polizei und Regierung verfolgen.  
1141 Dass die Bundesregierung in Berlin nun Testpersonen anbietet, ihre Grundrechte  
1142 zu verkaufen, um automatische Gesichtserkennung bei Videoüberwachung zu testen,  
1143 ist inakzeptabel und zynisch. Neben den Testpersonen sind allerdings auch alle  
1144 weiteren Personen betroffen - durch die fehlende Kontrolle des Systems ist  
1145 anzunehmen, dass alle Gesichter gescannt werden und Verwechslungen möglich sind.  
1146 Auch sie werden in ihren Grundrechten eingeschränkt.

1147 Grundrechte sind unverfügbar und unbezahlbar. Gelder für entsprechende Projekte  
1148 sollten lieber in die Stärkung des Grundrechtsbewusstseins, die demokratische  
1149 Bildung sowie in die Stärkung von Medienkompetenz im Bezug auf Datenschutz  
1150 investiert werden. Dass es dem Projekt nebenbei schon am Fundament, der  
1151 gesetzlichen Grundlage, mangelt, verdeutlicht die Probleme der aktuellen  
1152 Situation. Hier findet an vielen Stellen eine Wechselwirkung zwischen Recht und  
1153 Praxis statt, die nur als absurd bezeichnet werden kann. In Sachen  
1154 Datenspeicherung und Überwachung schaffen die "Sicherheitsbehörden" oft Fakten  
1155 und Tatsachen, welche anschließend von Parlamenten nachträglich per Gesetz  
1156 legitimiert werden. Außerdem mangelt es immer wieder an tatsächlicher  
1157 parlamentarischer Kontrolle bzw. an Rechten für Parlamentarier\*innen. Wir  
1158 fordern deshalb mehr Kontrollmöglichkeiten für Parlamentarier\*innen bei der  
1159 Entwicklung von Überwachungsinstrumenten und der Kontrolle der Nutzung bereits  
1160 bestehender Instrumente sowie die konsequente Anwendung dieser  
1161 Kontrollmöglichkeiten. Hier sehen wir auch grüne Parlamentarier\*innen in der  
1162 Pflicht - besonders dann, wenn sie in eine Regierung treten. Einen Ausbau der  
1163 Videoüberwachung und den Einsatz von automatisierter Gesichtserkennung bei  
1164 selbiger lehnt die GRÜNE JUGEND ab. Wir wollen Bürger\*innen vor Überwachung  
1165 schützen. Wer nicht abschätzen kann, was überwacht wird, passt sein Verhalten  
1166 an. Dass dies nicht nur die individuelle Freiheit einschränkt, sondern auch an  
1167 der Existenzbedingung einer Demokratie nagt, nämlich der öffentlichen Diskussion  
1168 widerstreitender Interessen, hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht  
1169 schon vor vielen Jahren festgestellt und in ständiger Rechtsprechung wiederholt.  
1170 Genauso sind die massive Datensammlung diverser polizeilicher oder  
1171 nachrichtendienstlicher Behörden sowie der Einsatz von Staatstrojanern  
1172 schwerwiegende Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte und von uns allen  
1173 abzulehnen. Dabei werden Grundrechtseinschränkungen hingenommen und  
1174 schwerwiegende Eingriffe in die Privatsphäre möglich gemacht. Es ist abzusehen,

1175 dass die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen in absehbarer Zeit zu einer  
1176 deutlich zunehmenden staatlichen Kriminalisierung von progressiven und  
1177 antiautoritären Ideen und Bewegungen führen werden.

1178 Der Staatstrojaner dringt in Computer und damit in die Privatsphäre der Menschen  
1179 ein. Prepolicing-Systeme machen die Polizei zu einer Polizei der Statistik und  
1180 lassen einen Teufelskreislauf der Gefahrengebiete entstehen. Und Projekte zu  
1181 Entschlüsselungssystemen forschen daran, wie verschlüsselte Kommunikation  
1182 abgehört werden kann. Die Überwachungsfantasien spitzen sich sogar so zu, dass  
1183 die CDU die Nutzung von Wanzen zur akustischen Raumüberwachung fordert. Dazu  
1184 kommt die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung.

1185 All diese Überwachungssysteme sind Bestandteil autoritärer Träumereien und  
1186 leider auch schon autoritärer Realität. Sie gefährden nicht nur unsere Freiheit,  
1187 sondern auch unsere Grundrechte und rütteln an unserer Demokratie. Deshalb  
1188 fordern wir ein Ende der staatlichen Förderung und Durchführung aller  
1189 Forschungsprojekte, die das Ziel oder den Auftrag haben, vernetzte  
1190 Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Staatstrojaner, Entschlüsselungssysteme  
1191 und Prepolicing-Anwendungen in die Hände der Sicherheitsbehörden zu legen,  
1192 insbesondere, wenn hier keine parlamentarische Kontrolle stattfindet. Darüber  
1193 hinaus fordern wir das endgültige Ende der Vorratsdatenspeicherung, sowie  
1194 strengere Regeln für und deutlich weniger Videoüberwachung.

### 1195 **Globale Tendenzen der Autoritarisierung**

1196 Auch international verschieben sich Diskurs und Gesetzgebung ins Autoritäre.  
1197 Insbesondere in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik und Osteuropa ist diese  
1198 Entwicklung klar sichtbar:

1199 - In Frankreich hat die französische Nationalversammlung nach sechsmaliger  
1200 Verlängerung des Notstandes, der im November 2015 verhängt wurde, einem  
1201 verschärften Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus zugestimmt. In Folge des  
1202 Gesetzes werden u.a. die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden nun dauerhaft  
1203 erweitert, weiter können der Innenminister wie auch die Präfekten in den  
1204 Départements die Bewegungsfreiheit von Verdächtigen einschränken oder  
1205 umfangreiche Polizeikontrollen an Bahnhöfen oder Flughäfen anordnen - ohne eine  
1206 vorgeschaltete richterliche Anordnung.

1207 - In Polen wurde unter der Regierung der PiS massiv die Meinungs- und  
1208 Pressefreiheit eingeschränkt und de facto das Verfassungsgericht ausgeschaltet.  
1209 Jetzt wird versucht, nach und nach die Gewaltenteilung abzuschaffen.

1210 - In Österreich steht die große Koalition aus ÖVP und SPÖ vor dem Aus. Nach der  
1211 Wahl ist ein Bündnis, in dem die rechtspopulistische FPÖ mitregiert  
1212 wahrscheinlich. Dies würde eine wesentliche Verschärfung des ohnehin schon  
1213 menschenverachtenden und autoritären Diskurses ganz besonders in Bezug auf  
1214 Geflüchtete bedeuten. Bereits jetzt fällt die österreichische Regierung mit  
1215 populistischen Maßnahmen beispielsweise gegen Demonstrant\*innen und muslimische  
1216 Frauen in Form des Verhüllungsverbots auf.

1217 - In Ungarn krepelt die Fidesz unter Viktor Orbán die Verfassung und den

1218 Rechtsstaat um, schränkt die Rechte der Verfassungsrichter\*innen, die  
1219 Pressefreiheit und die Freiheit der Lehre und der Universitäten ein, verbietet  
1220 an verschiedenen Stellen zivilgesellschaftlichen Protest und tut dies alles auch  
1221 getrieben von der rechtsextremen Jobbik.

1222 - In der Türkei hat nicht nur das Verfassungsreferendum gezeigt, wie die  
1223 türkische Regierung unter Erdogan weiter Abstand von der demokratischen  
1224 Gewaltenteilung nimmt und zu einem Präsidialsystem mit autoritärem Charakter  
1225 umgebaut wird. Tagtäglich werden in der Türkei Menschenrechte verletzt,  
1226 gleichzeitig hat die europäische Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der  
1227 Türkei jedoch seit dem Abschluss des Flüchtlingsdeals massiv abgenommen. Auch  
1228 die Presse- und Meinungsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt, Erdogan, AKP  
1229 und MHP kontrollieren einen Großteil der Medien und bekämpfen konsequent  
1230 oppositionellen Journalismus, auch mit Inhaftierungen aufgrund in den meisten  
1231 Fällen haltloser Anschuldigungen.

1232 Die GRÜNE JUGEND nimmt diese Entwicklungen mit Besorgnis zur Kenntnis und  
1233 fordert Bündnis 90/Die GRÜNEN auf, insbesondere im Falle einer  
1234 Regierungsbeteiligung, einen wesentlichen Fokus in der Außenpolitik auf die  
1235 Bekämpfung autoritärer Tendenzen (bspw. durch scharfe Sanktionierung im Rahmen  
1236 der EU) sowie auf die Zusammenarbeit mit und Stärkung der demokratischen Kräfte  
1237 in den betroffenen Ländern zu legen.

### 1238 **Demo als Grundrecht - Diskurse nicht der Polizei überlassen**

1239 In vielen verschiedenen Formen beobachten wir eine Diskursprägung durch die  
1240 Polizei bzw. durch staatliche Behörden. Beispielhaft hierfür sind unter anderem  
1241 die Social Media-Arbeit der Polizei, welche an verschiedenen Stellen für die  
1242 Prägung des Diskurses durch Einführen von Framing und Deutung gesorgt hat. Auf  
1243 Grund der ihr gegebenen Autorität kann die Polizei sich somit die notwendigen  
1244 diskursiven Realitäten schaffen. Da Abgeordnete und Politiker\*innen diese  
1245 Diskurse oft übernehmen, kommt es hier zu einer Abwärtsspirale der  
1246 Versicherheitlichung.

1247 Ein weiteres drängendes Problem ist die Ungeklärtheit vieler von der Polizei  
1248 verwendeter Begriffe. Paradebeispiel ist hier die\*der Gefährder\*in. Der Begriff  
1249 ist bis heute nicht einheitlich geklärt und weder rechtlich definiert noch  
1250 zwischen den Polizeibehörden der Länder und des Bundes abgestimmt. Das führt  
1251 dazu, dass Landespolizeibehörden quasi willkürliche Definitionen von  
1252 Gefährder\*innen vornehmen können und auf Grund dieser Definitionen dann sogar  
1253 empfindliche Konsequenzen für die betroffenen Personen etablieren. Mit diesen  
1254 Definitionen prägen sie außerdem die Diskurse und etablieren ein Angstbild, auf  
1255 dessen Rücken sie dann neue Instrumente der Versicherheitlichung fordern.

1256 Die GRÜNE JUGEND lehnt pauschalisierende Oberbegriffe wie "Gefährder\*in",  
1257 "Intensivtäter\*in", etc. ab. Strafrechtliche Konsequenzen und polizeiliche  
1258 Maßnahmen müssen sich immer an konkreten Straftaten orientieren und dürfen nicht  
1259 an teilweise willkürlichen Lageeinschätzungen und sozialen sowie äußerlichen  
1260 Kategorien festgemacht werden. Begriffe, die mehr der Diskursprägung als der  
1261 konkreten Arbeit dienen, dürfen nicht mehr verwendet werden und müssen von der  
1262 Gesetzgeberin untersagt werden.



**1263 Gewaltenteilung als Minimalkonsens**

1264 Viele der beschriebenen Probleme sind auch darauf zurückzuführen, dass in der  
1265 aktuellen Lage die vier wesentlichen Institutionen der Demokratie sich  
1266 gegenseitig nicht mehr kontrollieren können, es findet vielmehr eine  
1267 Verschränkung zwischen diesen Institutionen statt. Wenn Parlamentarier\*innen  
1268 Papierberge mit geschwärzten Akten erhalten und daran dann einen  
1269 Untersuchungsausschuss durchführen sollen, ist die parlamentarische Kontrolle  
1270 auf Eis gelegt. Wenn die Zivilgesellschaft nicht mal die basalsten Informationen  
1271 über parlamentarische Arbeitsweisen und Prozesse erhält, dann lässt sich  
1272 zivilgesellschaftlicher Protest schwer organisieren. Und wenn Richter\*innen  
1273 immer öfter in die Rolle der Exekutive schlüpfen müssen, weil die Exekutive als  
1274 Beklagte an vielen Stellen nicht vor Gericht erscheinen muss, dann wird auch  
1275 hier eine neutrale Beurteilung der Exekutive schwer möglich sein.

1276 In den Grundprinzipien unserer Verfassung ist lange nicht alles perfekt. Viele  
1277 Methoden, Prozesse und Prinzipien sind veraltet. Wenn allerdings nicht einmal  
1278 diese Prinzipien mehr eingehalten werden, dann sollte Rückbesinnung darauf  
1279 absoluter Grundkonsens aller demokratischen Parteien sein. Die Gewaltenteilung,  
1280 nach der sich die Institutionen untereinander kontrollieren kann an vielen  
1281 Stellen eine positive Wirkung haben. Wir als GRÜNE JUGEND fordern von allen  
1282 demokratischen Parteien eine Rückbesinnung auf das Grundprinzip der strikten  
1283 Gewaltenteilung und wollen darauf aufbauen um eine bürger\*innen- und  
1284 menschenrechtlich progressive Politik einzufordern.

**1285 Klare grüne Kante gegen autoritäre Denkweisen und Gesetze!**

1286 Nach der Bundestagswahl stehen nun möglicherweise Koalitionsverhandlungen  
1287 zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen an. Für die GRÜNE JUGEND ist es unerlässlich,  
1288 dass weitere autoritäre Gesetzesverschärfungen nicht in den Koalitionsvertrag  
1289 aufgenommen werden und schon bestehende rückgängig gemacht werden. Die GRÜNE  
1290 JUGEND fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, keinem Koalitionsvertrag zuzustimmen,  
1291 in dem eine oder mehrere der folgenden Vereinbarungen enthalten sind:

1292 - Eine Verschärfung des Straftatbestands des Landfriedensbruchs

1293 - Eine wie auch immer geartete Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

1294 - Eine Ausweitung der Videoüberwachung und eine Nutzung einer automatisierten  
1295 Gesichtserkennung zur Auswertung von Videomaterial

1296 - Die Einführung von präventiver "Unendlichkeitshaft"

1297 - Die Ausweitung von Online-Durchsuchungen und der Einsatz der  
1298 Vorratsdatenspeicherung

1299 - Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren und eine weitere Aufrüstung der Polizei

1300 - Ein Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit

1301 - Ausweitung der sogenannten passiven Bewaffnung

1302 Darüber hinaus fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, die Rückgängigmachung der  
1303 genannten Strafrechtsverschärfungen und die Abschaffung von Staatstrojanern in  
1304 die Koalitionsverhandlungen miteinfließen zu lassen.

**1305 Antirepressionsarbeit auch im eigenen Verband stärken!**

1306 Wir fordern gerade in Zeiten der Autoritarisierung eine Rückbesinnung darauf und  
1307 ein klares grünes Profil. Auch innerverbandlich möchten wir an einem Ausdruck  
1308 junggrünen Protestes arbeiten. Wir positionieren uns klar an der Seite von  
1309 emanzipatorischem zivilgesellschaftlichen Protest und stärken insbesondere die  
1310 praktische Arbeit im Verband. Dazu gehören regelmäßige Workshops zum Verhalten  
1311 auf Demonstrationen, zu den eigenen Rechten als Demonstrant\*in und eine  
1312 theoretische Auseinandersetzung mit Formen des Protest und Zivilen Ungehorsams.  
1313 Außerdem wollen wir die mittlerweile veraltete Demofibel neu auflegen und  
1314 unseren Mitgliedern als Hilfsmittel zum Verhalten auf Demonstrationen zur  
1315 Verfügung stellen.

1316 Die Workshops sollen auf Landes- und Bundesveranstaltungen stattfinden. Zudem  
1317 soll ein Konzept angeboten werden, solche Workshops auch in den Basisgruppen  
1318 relativ barrierearm anbieten zu können.

## **Begründung**

**V9-Beschluss Veränderung statt Affirmation - gegen die politische Verwendung des Heimatbegriffs**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

**Antragstext**

1319 Der Heimatbegriff taucht wieder vermehrt in der politischen Debatte auf.  
1320 Während sich konservative und rechte Akteur\*innen schon lange auf Heimatliebe  
1321 und Heimatschutz berufen, um ihre politischen Vorstellungen zu propagieren,  
1322 versuchen nun auch linke und progressive Kräfte, diesen Begriff neu zu besetzen,  
1323 oder übernehmen ihn, um konservative Wähler\*innen zu überzeugen. Die GRÜNE  
1324 JUGEND respektiert Heimat als persönlichen Bezugspunkt, lehnt die Verwendung des  
1325 Heimatbegriffs im politischen Diskurs jedoch ab.

**1326 Heimat als ausschließender Begriff**

1327 Die Verwendung des Begriffs "Heimat" als politisches Schlagwort knüpft an  
1328 konservative und rechte Diskurse an. In der politischen Debatte wird er  
1329 regelmäßig auf zwei Arten genutzt: Zum einen werden sich damit bestehende  
1330 gesellschaftliche Strukturen ohne inhaltliche Begründung zu Eigen gemacht und  
1331 damit bestätigt. Zum Anderen wird er in einem rechten bzw. rechtsextremistischen  
1332 Weltbild zum Ausschluss bestimmter Personengruppen genutzt. Migrant\*innen soll  
1333 der Zuzug verwehrt werden, um die "Heimat" gegen eine imaginierte "Überfremdung"  
1334 zu schützen und politisch Aktive, die bestehende Zustände kritisieren, werden  
1335 als Nestbeschmutzer\*innen bzw. "Vaterlands-" oder "Volksverräter\*innen"  
1336 angegriffen.

1337 Dieser exklusive Charakter lässt sich auch beim Versuch einer linken Umdeutung  
1338 des Heimatbegriffs nicht vollständig beseitigen. In seiner Verwendung als  
1339 Identitätskategorie wird eine Unterscheidung getroffen, zwischen Menschen, die  
1340 zum heimatlichen Kollektiv gehören, und denen, die es nicht tun. Ersteren wird  
1341 dabei eine größere Berechtigung zugestanden, an der Gestaltung der Heimat  
1342 mitzuwirken. Auch wenn linke oder progressive Akteur\*innen versuchen, den  
1343 Begriff anders zu verwenden, können sie die Vorstellungen, die mehrheitlich mit  
1344 dem Begriff Heimat verbunden werden, nicht einfach auflösen. Stattdessen werden  
1345 diese Vorstellungen, die mehrheitlich damit Verknüpft werden, bei der Verwendung  
1346 des Begriffs aufgerufen und reproduziert.

**1347 Heimat täuscht über Interessenkonflikte hinweg**

1348 Während der Begriff Heimat eine wichtige Bedeutung als private Kategorie haben  
1349 kann, ist er als politisches Schlagwort für die politische Linke ungeeignet.

1350 Der Inhalt des Heimatbegriffs, der über einen reinen örtlichen Bezug hinausgeht,  
1351 bleibt bei seiner Verwendung meist vage und dient so als Projektionsfläche.  
1352 Hörer\*innen können verschiedenste persönliche Erfahrungen und Interessen in  
1353 diesen Begriff hinein deuten. Die individuellen Bedeutungen sind dabei aufgrund  
1354 widerstreitender gesellschaftlicher Interessen meist sehr widersprüchlich.

1355 Statt diese Widersprüche offen zu legen und an sich bei offensichtlichen  
1356 Interessenskonflikten klar zu positionieren, soll der Begriff eine politische  
1357 Einigkeit und Homogenität vorspielen, wo eigentlich keine ist. Statt gegen Armut  
1358 und die Zerstörung der Lebensgrundlagen vorzugehen, die Position von prekär  
1359 Beschäftigten zu verbessern und den gleichberechtigten Zugang zu  
1360 gesellschaftlichen Institutionen wirklich voranzubringen, wird Heimat als  
1361 gemeinsame Identitätskategorie beschworen um über Interessenskonflikte  
1362 hinwegzutäuschen.

1363 Der ideologische Versuch, diese gemeinsame Identität herzustellen, ändert jedoch  
1364 nichts an den tatsächlichen Verhältnissen. Wir wollen Menschen nicht davon  
1365 überzeugen, dass sie Teil einer gemeinsamen Heimat sind, wir wollen sie von  
1366 unseren Forderungen nach Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und  
1367 Gleichberechtigung überzeugen, um greifbare Verbesserungen herbeizuführen.

#### 1368 **Heimat im Kontext der deutschen Geschichte**

1369 Neben der fehlenden Bestimmtheit in den Inhalten, die über einen örtlichen und  
1370 zeitlichen Bezug hinausgehen, bleibt auch der örtliche und zeitliche Bezug  
1371 selbst häufig ungenau. Statt genau zu benennen, wo diese Heimat örtlich liegt,  
1372 um damit beispielsweise lediglich zu benennen, wo Politik gestaltet werden soll,  
1373 bleiben auch diese Bezüge weitgehend unbestimmt und offen für Interpretation.

1374 Unter dem vagen Deckmantel der Heimatliebe wird regelmäßig ein Verhältnis zur  
1375 deutschen Nation gefordert, das den Nationalsozialismus ausblendet oder in  
1376 Teilen sogar gutheißt. Statt im Rahmen der Aufarbeitung der Vergangenheit an der  
1377 Beseitigung der Umstände zu arbeiten, die den Nationalsozialismus möglich  
1378 gemacht haben, werden Teile dieser Umstände durch Zugehörigkeit zu einer zu  
1379 liebenden Heimat geadelt.

1380 Vom vagen örtlichen und zeitlichen Gehalt der Heimat profitieren  
1381 "Heimatvertriebene", die unter diesem Begriff weiterhin einen deutschen Anspruch  
1382 auf eine vorgebliche Heimat ihrer Vorfahren vertreten, die längst nicht mehr zu  
1383 Deutschland gehört.

1384 Liebe zu Deutschland ist keine Grundlage für unsere Politik.

#### 1385 **Für progressive Politik werben**

1386 Als Grüne Jugend setzen wir uns für individuelle Rechte für alle Menschen,  
1387 unabhängig von Geburts- oder Wohnort, ein. Wir denken unsere Forderungen global  
1388 und machen uns für eine vernunftbasierte, universalistische Politik stark, die  
1389 unabhängig von bestimmten geographischen oder irrationalen Zuordnungen den  
1390 Anspruch hat, positive Veränderung zu bewirken.

1391 Statt uns den neuen Versuchen, den Heimatbegriff links umzudeuten anzuschließen  
1392 und mit Rechten darum zu konkurrieren, wer mehr Heimatliebe zeigt, gehen wir  
1393 klar gegen rechten Populismus vor. Rechten und ihren Begriffen zu folgen, ist  
1394 der vollkommen falsche Ansatz für eine Politik gegen den Rechtsruck.

1395 Wir wollen politische Widersprüche klar herausstellen, statt unter dem Begriff  
1396 der Heimat eine gemeinsame Identität zu betonen und wir wollen gegen die  
1397 tatsächlichen Ursachen von Ungerechtigkeit vorgehen, statt dafür Geflüchtete  
1398 oder andere Gruppen, die scheinbar nicht zur Heimat gehören, zu beschuldigen.

1399 Eine der großen Herausforderungen für die gesellschaftliche Linke und für die  
1400 Grünen ist es, in Zukunft eine Sprache zu finden, mit der man mehr Menschen  
1401 erreicht, ohne dabei weit verbreitete ausschließende Ideologien zu verstärken.  
1402 Dieser Schwierigkeit sollten wir uns stellen, statt dem nach rechts rückenden  
1403 Diskurs nachzugeben. Unser Ziel ist es für eine inhaltliche und progressive  
1404 Politik zu werben und Menschen dafür zu begeistern und zu politisieren, statt  
1405 konservative Wähler\*innen zu erreichen, indem wir uns ihnen anpassen.

1406 Um für Politik für Umwelt und soziale Gerechtigkeit zu werben, brauchen wir  
1407 keinen vorbelasteten und irrationalen Heimatbegriff. Vernünftige und rationale  
1408 Argumente sind schließlich auf unserer Seite.

## V10-Beschluss Vom Bienchen und Blümchen

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

### Antragstext

1409 Biodiversität bedeutet die Vielfalt des Lebens, also die Vielfalt der  
1410 Ökosysteme, die Vielfalt der Arten und die Vielfalt der Gene. Der Verlust der  
1411 Artenvielfalt ist weltweit eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit.  
1412 Wissenschaftler\*innen betrachten die Entwicklung mit größter Sorge und sprechen  
1413 von einem 6. Massensterben der Arten.

1414 In Umfragen gaben über 80% der Deutschen an, sich über einen zu sorglosen Umgang  
1415 mit der Natur und ihrer Vielfalt zu ärgern. Warum also ist es bis heute nicht  
1416 einmal auf nationaler Ebene gelungen, das Artensterben aufzuhalten?

1417 Zwar wird oft vom Artensterben in den tropischen Regenwäldern gesprochen, doch  
1418 auch bei uns in Deutschland lassen sich die Auswirkungen schon beobachten, ein  
1419 Drittel aller Arten ist im Bestand gefährdet. Ein besonders aktuelles Beispiel  
1420 ist das Insektensterben. In manchen Regionen wurde ein Rückgang der Masse von  
1421 Insekten von bis zu 80% festgestellt. Damit ist auch ein Rückgang der  
1422 Artenvielfalt verbunden. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Ein Beispiel ist  
1423 der Einsatz von nervenschädlichen Pflanzenschutzmitteln wie Neonikotinoiden, die  
1424 Bienenlarven angreifen und den Bienenbestand so kontinuierlich schrumpfen  
1425 lassen. Genauso lässt sich auch die Industrialisierung der Landwirtschaft,  
1426 insbesondere die Beseitigung von beispielsweise Grünstreifen und Hecken an  
1427 Rändern von Äckern als eine Ursache sehen.

1428 Die Artenvielfalt ist nicht nur wichtig für die Funktion eines Ökosystems,  
1429 sondern auch wir Menschen profitieren von ihr auf ganz unterschiedliche Weise.  
1430 Die Ökosysteme der Erde übernehmen wichtige Regelungsfunktionen für den  
1431 Menschen, wie die natürliche Reinigung von Wasser und Luft. Bienen übernehmen  
1432 für uns die Bestäubung von Pflanzen, die für uns überlebenswichtig ist, da wir  
1433 sonst keinen Pflanzenbau betreiben könnten. Auch die Produktion von Ressourcen,  
1434 die wir der Natur entnehmen, kann langfristig nur bestehen, wenn diese erhalten  
1435 wird. Diese Funktionen, die die Natur quasi "kostenlos" für uns übernimmt,  
1436 werden Ökosystemdienstleistungen genannt. Je höher die Biodiversität, desto  
1437 widerstandsfähiger sind Ökosysteme. Auch deshalb ist es wichtig, die  
1438 Artenvielfalt und damit die Ökosystemdienstleistungen zu erhalten. Gerade in  
1439 Zeiten des Klimawandels und sich damit relativ schnell ändernder  
1440 Umweltbedingungen kommt diesem damit eine besondere Rolle zu. Zudem ist jede Art  
1441 ein einmaliger Speicher von genetischen Informationen, welche uns als Grundlage  
1442 für z.B. Medikamente dienen können.

1443 Auch wenn der Begriff der Ökosystemdienstleistungen gut ist, um direkte Vorteile  
1444 für den Menschen sichtbar zu machen, wird dies häufiger mit einem ökonomischen

1445 Wert verbunden. Die GRÜNE JUGEND stellt sich klar gegen diese Bepreisung der  
1446 Natur. Ökosysteme sind aber komplex und unterliegen Schwankungen. Außerdem  
1447 stellt sich die Frage, wer die ökonomische Bewertung durchführt und welche  
1448 Interessen dort eine Rolle spielen. Eine Bepreisung ist auch häufig mit  
1449 Kompensationsmaßnahmen verbunden. Wird auf der einen Seite zerstört, wird  
1450 woanders ein System aufgebaut. Ökosysteme sind aber standortgebunden und  
1451 einzigartig und dadurch auch nicht ersetzbar. Die GRÜNE JUGEND stellt sich klar  
1452 gegen diese zunehmende Praktik und setzt sich weiter für den Schutz von  
1453 Ökosystemen und für den Kampf gegen die großen Ursachen ein.

1454 Die fünf größten Ursachen des Artensterbens stellen aktuell die Übernutzung von  
1455 Ressourcen (z.B. Abholzung, Fischerei), aktuelle Praxis in der Landwirtschaft  
1456 (Flurbereinigung, Überdüngung, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln) und der  
1457 Klimawandel dar. Diese Haupttreiber der Zerstörung müssen geregelt werden. Dazu  
1458 ist es auch nötig, dem Naturschutz Vorrang vor ökonomischen Interessen zu geben.  
1459 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein.

1460 Um die Biodiversität in Deutschland nicht noch weiter zu verringern, setzt sich  
1461 die GRÜNE JUGEND für folgende Punkte ein:

1462 1. Etablierung von mehr Schutzräumen. Es muss mehr Lebensräume geben, aus  
1463 denen sich der Mensch zurückzieht, gemäß dem Motto der Nationalparke  
1464 "Natur Natur sein lassen". Das ist zum Beispiel notwendig, da viele Arten  
1465 im Wald abhängig von Totholz sind. Diese Bedingung kann nur in  
1466 Waldwildnis-Gebieten erfüllt werden, da im forstwirtschaftlich genutzten  
1467 Wald kaum Totholz zurückgelassen wird. Der Anteil von Waldwildnis-Gebieten  
1468 an den Wäldern in Deutschland beträgt jedoch im Moment nur 2%. Wir fordern  
1469 deshalb endlich die Umsetzung von mindestens 5% Waldwildnis in Deutschland  
1470 – das entspricht den eigenen Zielen der Bundesregierung als auch denen des  
1471 "Übereinkommens über die biologische Vielfalt" der Vereinten Nationen.

1472 1. Verstärkung der Kompetenzen zum Erhalt von Lebensräumen. Auch Ökosysteme,  
1473 welche nicht speziell geschützt sind, sind wichtig. Aktuell werden aber  
1474 etwa 70 Hektar pro Tag an Boden in ihrer Nutzung umgewidmet und  
1475 versiegelt. Auch durch die massenhafte Nutzung von Nachtbeleuchtungen,  
1476 beispielsweise an alten Bauwerken, welchen nachtaktive Tiere in ihrem  
1477 Lebensrhythmus gestört und verlieren ihren "Lebensraum Nacht". Um  
1478 Schutzmaßnahmen dafür aber umsetzen zu können, müssen die Behörden  
1479 entsprechende Kompetenzen bekommen.

1480 1. Biodiversitätspolitik ist auch Landnutzungspolitik. Die meisten  
1481 Landnutzungsentscheidungen werden aber nicht in den Umweltministerien  
1482 getroffen, sondern beispielsweise in denen für Verkehr, Bauen und  
1483 Wirtschaft. Für einen echten Naturschutz müssen sich diese Kompetenzen  
1484 verschieben.

1485 1. Die GRÜNE JUGEND unterstützt die Naturschutz-Offensive 2020 des  
1486 Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als  
1487 nationale Agenda zur Convention on Biological Diversity. Nun muss diese  
1488 auch konsequent umgesetzt werden.

1489 1. Bessere finanzielle Ausstattung der Behörden. Es gibt viele gute

- 1490 naturschutzrechtliche Bestimmungen, welche aber nicht umgesetzt werden  
1491 können, da die Naturschutzbehörden personell und finanziell nicht dazu in  
1492 der Lage sind. Auch Kontrolle vor Ort muss finanziell endlich wieder  
1493 möglich sein.
- 1494 1. Unternehmen, die bewusst Rücksicht auf die Erhaltung der Ökosysteme (nicht  
1495 nur in Deutschland) nehmen, müssen stärker gefördert werden.  
1496 Verantwortungsvolles Handeln darf kein wirtschaftlicher Nachteil sein.
- 1497 1. Begrenzung des Nährstoffeintrags. Nährstoffarme Ökosysteme zeigen eine  
1498 besonders hohe Vielfalt der Arten. Die in der Landwirtschaft eingetragenen  
1499 Nährstoffe bleiben aber nicht nur auf dem Acker, sondern verteilen sich in  
1500 der Umwelt und zerstören so diese Ökosysteme. Dies zeigt sich  
1501 beispielsweise an den eutrophierten (nährstoffangereicherten) Gewässern,  
1502 welche dadurch sauerstoffarm sind und nur noch Lebensraum für wenige Tiere  
1503 und Pflanzen bieten.
- 1504 1. Wir wollen Feuchtgebiete zu erhalten und die Trockenlegung von Mooren  
1505 stoppen.
- 1506 1. Verbot von Neonikotinoiden, um den Bestand von Bienen und anderen Insekten  
1507 nicht weiter zu gefährden. Es gibt ökologische Alternativen, um  
1508 Ernteauffälle durch Schädlinge vorzubeugen.
- 1509 1. Niedrigere Fischfangquoten und Begrenzung der möglichen Fischfangmethoden  
1510 sowie Überwachung der Quoten. Weltweit und auch in Deutschland sind viele  
1511 Fischarten vom Aussterben bedroht. Wenn wir jetzt nicht handeln, droht das  
1512 größte Ökosystem der Welt zusammenzubrechen.
- 1513 Darüber hinaus zeigt sich am Beispiel der Zugvögel, dass sich Arten nicht an die  
1514 Begrenzungen von geschützten Biotopen oder nationalstaatlichen Grenzen halten.  
1515 Überstaatliche Regelungen wie die Konvention über Biodiversität von 1992 sind  
1516 nicht bindend und verfügen über keinen Sanktionsmechanismus. Die GRÜNE JUGEND  
1517 setzt sich für eine verbesserte internationale Zusammenarbeit beim Schutz von  
1518 Arten ein, welche auf verbindlichen Regelungen basiert.
- 1519 Wenn wir das Artensterben nicht innerhalb der nächsten Generation begrenzen,  
1520 steht das Überleben unserer eigenen Art auf dem Spiel. Packen wirs an!

## **Begründung**



**V11-Beschluss Wärmewende statt Holzverschwendung - Waldschutz ist Klimaschutz!**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

**Antragstext****1521 Wärmewende voranbringen und Förderungen umstellen**

1522 Im Jahr 2010 kam es erstmals seit Beginn der Datenerfassung dazu, dass der  
1523 energetische Verbrauch von Holz den stofflichen übertraf - also ein größerer  
1524 Anteil am bundesweiten Holzkonsum im Ofen verbrannte, als für Bauzwecke oder in  
1525 der Möbelproduktion eingesetzt wurde. Diese Entwicklung, die sich in den  
1526 vergangenen Jahren immer weiter verschärft hat, hängt mit einem 2009 während der  
1527 schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedeten Marktanreizprogramm zusammen,  
1528 durch das die Anschaffung von holzbetriebenen Heizanlagen wie beispielsweise  
1529 Holzhackschnitzelheizungen gefördert wird. Natürlich ist Holz ein nachwachsender  
1530 Rohstoff und damit klimaneutraler im Verbrauch als eine Öl- oder Gasheizung und  
1531 auch günstiger, allerdings verursacht die Verbrennung von Holz deutlich höhere  
1532 luftverschmutzende Emissionen als Öl oder Gas und trägt gerade in  
1533 innerstädtischen Bereichen stellenweise mehr zur Feinstaubbelastung und zur  
1534 Überschreitung der Stickstoff-Werte bei als der Autoverkehr. Die GRÜNE JUGEND  
1535 fordert daher den sofortigen Stopp staatlicher Förderungen für Holzheizanlagen  
1536 in privaten Haushalten. Die Stadt Frankfurt ist durch die Grüne Mitregierung  
1537 sogar soweit gegangen, dass sie für Neubaugebiete in den entsprechenden  
1538 Satzungen und Bebauungsplänen verboten hat, neue Holzheizanlagen zu bauen, und  
1539 stattdessen eine Verpflichtung zum Anschluss an das Fernwärmenetz verfügt. Diese  
1540 Konsequenz bei der Förderung sauberer Wärme muss auch bundesweit vorangetrieben  
1541 und durch den Bund gefördert werden. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass die  
1542 staatlichen Förderungen für Wärme nur noch in emissionsfreie Technologien  
1543 fließen dürfen und dass gemeinsam mit den Kommunen eine Dämmoffensive in den  
1544 Städten betrieben wird. Zwar sind mit der Novellierung der Verordnung über  
1545 kleine und mittlere Feuerungsanlagen deren zulässige Grenzwerte neu gedeckelt  
1546 worden, allerdings hat gleichzeitig die Gesamtzahl an Holzheizanlagen weiterhin  
1547 stark zugenommen und sich dadurch die Luftqualität weiter verschlechtert.

**1548 Brennholzproduktion nachhaltig machen und Zertifizierung einfordern**

1549 Durch die stark angestiegene Nachfrage nach Brennholz sind die Preise des  
1550 deutschen Brennholzes um 30 bis 90 Prozent gestiegen. Durch diesen Preisanstieg  
1551 ist es zu einem steigenden Konkurrenzdruck zwischen der Brennholzproduktion und  
1552 weiterverarbeitenden Industrien wie der Papier- und Sägeindustrie bzw. der  
1553 Möbelproduktion gekommen. Die in Deutschland oft sehr streng kontrollierte und  
1554 zertifizierte nachhaltige Forstwirtschaft kann diese Nachfrage nicht mehr  
1555 bedienen, weshalb die Möbelindustrie v.a. in Asien und Südamerika Hölzer kauft  
1556 und Brennholz zunehmend aus Osteuropa importiert wird - meist ohne jegliche

1557 Nachweise über die Nachhaltigkeit der Holzproduktion. Die Förderung von  
1558 Holzheizanlagen hat also in den vergangenen Jahren zu einer unnachhaltigen und  
1559 überdimensionierten Nachfrage nach billigem Holz geführt. Dieser Entwicklung  
1560 stellt sich die GRÜNE JUGEND klar entgegen und fordert, dass nur noch solche  
1561 Hölzer in den deutschen Holzmarkt eingeführt werden dürfen, die nach FSC oder  
1562 PEFC zertifiziert worden sind.

### 1563 **Waldschutz ist Klimaschutz**

1564 Natürliche und vielfältige Mischwälder sind ein wichtiger Bestandteil des  
1565 Klimaschutzes. Durch die Bindung von CO<sub>2</sub> in der Holzmasse im Zuge der  
1566 Photosynthese wird dem Treibhauseffekt aktiv entgegengewirkt. Durch den  
1567 Klimawandel ist der Wald in Europa aber bereits stark bedroht - viele Baumarten  
1568 werden große Schwierigkeiten mit höheren Durchschnittstemperaturen, mit geringeren  
1569 Niederschlagsmengen, mit wärmeren Wintern und trockeneren Sommern haben. Umso  
1570 wichtiger und dringlicher ist der Umbau reiner Fichtenbestände zu nachhaltigen  
1571 Mischwaldbeständen, die klimatischen Extremen besser standhalten können. Die  
1572 starke Auslastung der deutschen Forstwirtschaft und die gute Konjunktur auch  
1573 durch die starke Nachfrage nach Brennholz lässt wichtige Maßnahmen des  
1574 Waldumbaus aber auf der Strecke bleiben. Es ist absurd, dass der Staat  
1575 einerseits Privatwaldbesitzer\*innen zum nachhaltigen Waldumbau auffodert und  
1576 berät, gleichzeitig aber eine Holznachfrage fördert, die nicht an gutem  
1577 Stammholz verschiedenster Mischwaldbaumarten interessiert ist, sondern an  
1578 möglichst billigem Brennholz. Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen diesen Trend  
1579 und fordert den umso engagierteren Umbau der Wälder zu gesunden Mischwäldern  
1580 durch den deutschen Bundesforst, die Landesforstbetriebe, die kommunalen  
1581 Forstbetriebe und die Privatwaldbesitzer\*innen. Selbstwerber\*innen soll es  
1582 weiterhin möglich sein, ihr Brennholz in den Wäldern einzuschlagen und  
1583 einzukaufen. Allerdings ist die Gewichtung auf Nachhaltigkeit heute umso  
1584 dringlicher und wichtiger, um die klimaschützende Funktion des Waldes zu  
1585 erhalten. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine Deckelung der energetischen  
1586 Nutzung deutschen Holzes auf 40 Prozent.

## **V12 Auf dem Boden der Tatsachen- Lasst uns den Boden nicht wie Dreck behandeln!**

Antragsteller\*in: Berenike Bick, Berit Schütze, Henning van Oche, Anna Peters, Caro Hammes, Moritz Heuberger, Luca Brunsch, Nele Willfurth  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

### **Antragstext**

1848 Böden sind unsere Lebensgrundlage. Weltweit gehen jedoch fruchtbare Böden  
1849 verloren. Mittlerweile sind schon 30%-40% aller Böden weltweit zerstört. Ein  
1850 Boden mit einer 10cm dicken Humusschicht (die die Fruchtbarkeit unserer Böden  
1851 ausmacht) braucht 2.000 Jahre, um sich zu bilden. Wir zerstören ihn innerhalb  
1852 weniger Jahre.

1853 Böden haben wichtige Funktionen, nämlich biotische, abiotische und  
1854 Flächenfunktionen. Unter die biotischen Funktionen fallen die  
1855 Lebensraumfunktionen, welche Boden als Basis für tierische und menschliche  
1856 Existenz durch Pflanzenwachstum sehen. Regelungsfunktionen und  
1857 Rohstofflagerstätten bilden die abiotischen Funktionen und bedeuten, dass Böden  
1858 Speicher- Puffer- und Filtersysteme sind und damit auch hohe Bedeutung für den  
1859 Wasser- und Luftkreislauf haben. Flächenfunktionen fassen verschiedene Punkte  
1860 wie Bebauungspotential, Ablagerung und Erholung zusammen.

1861 Für den Menschen bleibt die Nahrungsmittelproduktion die wichtigste Funktion der  
1862 Böden. Boden bildet somit eine der wichtigsten Grundlagen für alles Leben auf  
1863 der Erde und ist in besonderem Maße schützenswert.

1864 Dennoch werden die natürlichen Bodenfunktionen durch vielfältige Faktoren  
1865 geschädigt und fruchtbarer Boden geht verloren. Der Ausbau von Siedlungen und  
1866 Verkehr führt zu einer zunehmenden Flächenversiegelung. Landwirtschaftlich  
1867 genutzte Böden sollen wegen der wachsenden Weltbevölkerung effizienter  
1868 bewirtschaftet werden und werden in Folge dessen intensiver bearbeitet. Durch  
1869 die Industrialisierung der Landwirtschaft kommt es zu einer unangepassten  
1870 Standardisierung der Bodenbearbeitungsmethoden. Die Konsequenzen sind  
1871 Verdichtung und Erosion. Gepflügte Äcker sind besonders von Deflation  
1872 [Auswaschung durch Wasser und Abtragung durch Wind von losem  
1873 Material/Nährstoffen, welche auf dem Boden aufliegen] betroffen. Auch der  
1874 übermäßige Gebrauch von Insektiziden und Düngemitteln schädigt den Boden durch  
1875 Versauerung und Eutrophierung. Ein weiteres Problem sind Altlasten, welche eine  
1876 schädliche Wirkung auf Mensch und Umwelt haben.

1877 Ökonomisch wird Boden als kollektives Gut betrachtet, da der Erhalt zwar  
1878 positive externe Effekte bringt, aber wirtschaftliche Akteure nicht bereit sind,  
1879 dafür größere Summen Geld auszugeben. Dies geht mit einer Externalisierung von  
1880 Kosten einher, wobei Emissionen und Abfälle an die Umwelt abgegeben werden,

1881 dafür aber kein Preis gezahlt werden muss. Daher bedarf der Boden eines  
1882 besonderen Schutzes durch die Politik. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für einen  
1883 verstärkten Bodenschutz ein.

1884 Unmittelbar zum Bodenschutz gibt es in Deutschland zwei Regelungen auf  
1885 Bundesebene: Das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur  
1886 Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) und die Bundes-  
1887 Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), welche es erst seit 1999 gibt.  
1888 Dabei liegt die Gesetzgebung beim Bund, der Vollzug dieser Gesetze allerdings in  
1889 den Ländern, welche ergänzende Verfahrensregelungen verabschieden können. Sowohl  
1890 das Vorsorge,- als auch das Nachsorgeprinzip werden im Gesetz angesprochen.  
1891 Allerdings baut das Gesetz hauptsächlich auf der Nachsorge und der Sanierung  
1892 auf, über die Vorsorgepflicht gibt es nur einen kurzen Absatz. Hier sehen wir  
1893 einen dringenden Verbesserungsbedarf. Eine weitere große Schwäche dieses  
1894 Gesetzes ist, dass es nur beschränkt Anwendung findet. Es ist nur zu befolgen,  
1895 wenn eine Vielzahl anderer Vorschriften, wie das Bauplanungs,- und  
1896 Bauordnungsrecht sowie das Kreislaufwirtschaftsgesetz über Abfallbeseitigung  
1897 nicht greift. Insofern werden wirtschaftliche Interessen über den Schutz des  
1898 Bodens gestellt. Das Bundesbodenschutzgesetz beendete zwar die Zersplitterung  
1899 des Bodenrechts, dennoch gibt es sehr viele Fälle, in denen andere Regelungen  
1900 Vorrang haben. Das Gesetz ist also eher als Auffanggesetz zu sehen, welches  
1901 greift, wenn andere Gesetze und Verordnungen nicht zutreffen. Dies steht in  
1902 keinem Verhältnis zur Wichtigkeit des Bodenschutzes! Die GRÜNE JUGEND setzt sich  
1903 für ein Bodenschutzgesetz ein, welches Vorrang vor anderen Gesetzen hat und  
1904 somit auch wirklich zum Schutz des Bodens beitragen kann.

1905 Das Thema Böden hat aktuell weder Öffentlichkeit noch soziale Bindung der  
1906 Menschen. Dies zeigt sich auch daran, dass die Bürger\*inneninitiative  
1907 People4Soil, welche EU-weit Unterschriften für die Verabschiedung eines  
1908 Bodengesetzes gesammelt hat, das Quorum nicht erreicht hat. Die GRÜNE JUGEND  
1909 setzt sich dafür ein, dies zu verbessern. Wir müssen das Thema bekannter machen,  
1910 um öffentlichen Druck aufzubauen. Wir sehen Projekte wie z.B. urban gardening  
1911 als geeignet an, um den Bezug der Menschen, auch gerade in der Stadt, zur  
1912 Lebensmittelherstellung und zum Boden zu stärken und wollen, dass solche  
1913 Projekte daher finanziell gefördert werden.

1914 Die Forderungen der GRÜNEN JUGEND:

1915 1. Landwirtschaftliche Geräte müssen bodenschonender ausgerichtet werden,  
1916 indem unter anderem ihr Gewicht reduziert wird.

1917 2. Der Ökologische Landbau muss stärker unterstützt werden (finanziell und  
1918 durch Weiterbildung) und es müssen mehr Anreize für Landwirte geschaffen  
1919 werden, ihre Betriebe von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft  
1920 umzustellen.

1921 3. Vielfältige Fruchtfolgen, die den Humusgehalt des Bodens stärken, kleinere  
1922 Parzellen und ganzjähriger Bewuchs sollen finanziell belohnt werden.

1923 4. Weniger Flächen sollen neu versiegelt werden und vorhandene Flächen besser  
1924 und nachhaltiger genutzt werden, zudem sollen ungenutzte Flächen  
1925 entsiegelt und renaturiert werden, damit die Natur und der Boden sich dort

- 1926            erholen können. Das 30 Hektar Ziel muss endlich eingehalten werden!
- 1927            5. Großunternehmen sollen im Ausland keine kleinbäuerlichen Betriebe durch  
1928            Landgrabbing zerstören können.
- 1929            6. Einen wirksamen Moorschutz in der EU, der diesen Ländern die finanzielle  
1930            Perspektive gibt, ihre Moore leben zu lassen und damit unser aller Klima  
1931            zu schützen. Die Aufklärung über die Torfproblematik und die Förderung von  
1932            Torfersatzstoffen und eine Einführung einer Abgabe auf importierten Torf  
1933            sind dabei wichtige Maßnahmen.
- 1934            7. Eine Abschaffung der jetzigen Förderung von Biokraftstoffen und  
1935            differenziertere Förderung von erneuerbaren Energien.
- 1936            8. Wir setzen uns weiterhin für einen Kampf gegen die Ursachen der globalen  
1937            Klimakrise (die die Problematik des Bodenverlustes verschärft) ein.

## Begründung

1. Der Einsatz von schweren Maschinen in der Landwirtschaft führt zu einer Verdichtung des Bodens. Bodenverdichtung führt zu Erosion, Ausschwemmung von Nährstoffen, und einer geringeren Bodenfruchtbarkeit.
2. Ökologischer Landbau stärkt die Bodenorganismen und kann so die Bodenfruchtbarkeit langfristig und nachhaltig verbessern. Es ist wichtig, dass auf Feldern vielfältige Fruchtfolgen genutzt werden, welche den Humusgehalt erhöhen. Eine sinnvoll gestaltete Fruchtfolge und eine Verkleinerung der Parzellen vermindert auch den Befall durch Pflanzenkrankheiten, sowie einigen tierischen Schädlingen. Fruchtfolgen tragen somit dazu bei, fruchtbaren Boden aufzubauen und ermöglichen einen geringeren Einsatz von Pestiziden.
3. Ganzjähriger Bewuchs schützt die Oberfläche vor Verschlammung und Erosion und sorgt für eine stärkere Durchwurzelung. Dies wiederum ernährt die Lebewesen im Boden besser und stärkt dessen physische Struktur. Ausgelaugte, verdichtete Böden gleichen starke Niederschläge und Trockenperioden weniger aus, als gesunde, die bis zum Vierfachen ihres Eigengewichtes an Wasser speichern – und beugen somit auch Überschwemmungen vor.
4. Flächeninanspruchnahme: Es werden in Deutschland noch jeden Tag Flächen in der Größe von ungefähr 70 Hektar, das entspricht 100 Fußballfeldern, neu als Siedlungs- und Verkehrsflächen ausgewiesen. Die Ursprungsqualität lässt sich bei erstmal versiegelten Böden meist auch nach einer Entsiegelung nicht wiederherstellen.
5. Landgrabbing: Auch soziale Probleme hängen mit der Bodennutzung zusammen: Z. Bsp. Landgrabbing, bei dem Großkonzerne Böden kleinbäuerlichen Familien wegnehmen, existiert, sowie Migrationsbewegungen die durch den Verlust fruchtbarer Böden entstehen. Der Klimawandel verschärft die Problematik, indem in trockenen Gebieten die Wüstenbildung angetrieben wird und die Menschen vor Ort die Grundlage ihrer Existenz, fruchtbare Böden für die Landwirtschaft, verlieren.
6. Moorböden bedecken nur 3 Prozent der weltweiten Landfläche, speichern aber genauso viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammen. Gerade in Zeiten der Klimakrise sind solche

Kohlenstoffspeicher wichtig. Sind die Moore aber erstmal entwässert und degradiert, entweicht dort der gespeicherte Kohlenstoff und ist es sehr schwierig und teuer, sie zu renaturieren. Doch es werden auch noch vollkommen erhaltene Moore zerstört, beispielsweise im Baltikum, um Blumenerde zu erhalten.

7. Ein Beispiel für einen bedeutenden Flächenkonflikt ist der Anbau von Pflanzen wie Mais für sog. Biokraftstoffe. Diese Flächen fehlen beim Anbau von Nahrungsmitteln. Zudem sorgt der Anbau von beispielsweise Mais in Monokulturen dazu, dass der Boden durch den einseitigen Anbau degradiert.
8. Durch die Klimakrise verschärft sich die Problematik des Bodenverlusts, da Böden ihre Beschaffenheit verändern, z.B. desertifizieren, also zur Wüste werden. Dies führt unter anderem auch zu Fluchtbewegungen. Wir setzen weiterhin für einen Kampf gegen die Ursachen des Klimawandels ein.

### **V13-Beschluss Tegel schließen: Brandenburg und Berlin aufatmen lassen**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

#### **Antragstext**

1677 Die Debatte über die Offenhaltung des alten Flughafens Tegel spitzt sich zu. In  
1678 Berlin sogar so weit, dass ein Volksbegehren mit der nicht bindenden  
1679 Aufforderung, den innerstädtischen Flughafen Berlin-Tegel offenzuhalten, Erfolg  
1680 erzielte. Verstärkt wird die Problematik durch die ständige Bauzeitverlängerung  
1681 des neuen Berlin-Brandenburgischen Flughafen BER. Der Berliner Senat ist hier  
1682 aber nicht alleiniger Entscheidungsträger. Auch das Land Brandenburg (wie Berlin  
1683 37%) und der Bund (26%) sind an der gemeinsamen Flughafengesellschaft „Flughafen  
1684 Berlin Brandenburg GmbH“ beteiligt.

1685 Dass nicht nur der Berliner Senat über den Flugverkehr in der Hauptstadt  
1686 entscheidet, ist aufgrund der historisch gewachsenen, zusammenhängenden  
1687 Infrastruktur von Brandenburg und Berlin sinnvoll. Viele Brandenburger\*innen  
1688 sind von Fluglärm und Luftverschmutzung ebenso betroffen, wie Berliner\*innen. Da  
1689 der BER als Hauptstadt-Flughafen auch wichtige Aufgaben für die Regierung der  
1690 Bundesrepublik Deutschland erfüllen wird, ist die Beteiligung des Bundes ebenso  
1691 richtig.

1692 Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung auf, weiterhin zum 1996  
1693 beschlossenen Single-Airport-Konzept für die Hauptstadtregion zu stehen und sich  
1694 gegen die Erhaltung des innerstädtischen Flughafens Berlin-Tegel einzusetzen.

1695 Die Forderung, den innerstädtischen Flughafen Tegel offenzuhalten wird vor allem  
1696 mit dem steigenden Flugverkehr begründet. Hier kann es aber nicht die Lösung  
1697 sein, zuzugucken, wie sich aufgrund von unfairen Wettbewerbsbedingungen der  
1698 Flugverkehr auch auf innerdeutschen Strecken, sowie europäischen Kurzstrecken  
1699 gegenüber der Bahn durchsetzt.

1700 Der Bund ist in der Verantwortung, den Bahnfernverkehr innerhalb Deutschlands  
1701 deutlich attraktiver zu machen. Den stetig anwachsenden Billigflugverkehr wollen  
1702 wir nicht weiter fördern. Es kann nicht sein, dass im Endeffekt die  
1703 Steuerzahler\*innen Kosten für den Luftverkehr tragen. Die GRÜNE JUGEND fordert,  
1704 dass Start- und Landegebühren endlich den tatsächlich entstehenden Preis kosten.  
1705 Außerdem muss Flugbenzin besteuert werden. Das derzeitige Steuerprivileg  
1706 verzehrt nicht nur den Wettbewerb, es ist auch klimapolitisch katastrophal. Züge  
1707 stoppen zu oft an Ländergrenzen - die Reisewünsche aber nicht. Daher muss auch  
1708 der europäische Schienenverkehr besser gestaltet werden. Es kann nicht sein,  
1709 dass Strecken wie Berlin-Paris künftig nicht mehr mit Nachtzügen befahren  
1710 werden. Dabei müssen genau solche Verbindungen ausgebaut werden, um europäischen  
1711 Zusammenhalt und günstiges, klimafreundliches Reisen zu ermöglichen. Zu oft sind

1712 durchgehende Buchungen für internationale Verbindungen nicht möglich. Die GRÜNE  
1713 JUGEND fordert die Bundesregierung auf, sich innerhalb der Europäischen Union  
1714 für ein einheitliches, EU-weites Onlinebuchungssystem für Zugtickets  
1715 einzusetzen. Die Bahnunternehmen aller EU-Staaten müssen Online-Tickets  
1716 akzeptieren. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass es an jedem Ort in der Europäischen  
1717 Union möglich ist, ein Online-Ticket für jeden beliebigen EU-Staat zu erwerben  
1718 und auszudrucken, anstatt die Fahrkarte, wie es bisher häufig der Fall ist, an  
1719 einem Bahnhof im jeweiligen Land abholen zu müssen.  
1720  
1721 Für uns gilt: Fliegen darf nicht weniger kosten als Bahn fahren. Wir wollen so  
1722 viel Flugverkehr wie nötig, aber so wenig wie möglich.